

Behinderung und Dritte Welt

Journal for Disability and International Development



Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL3

SCHWERPUNKTTHEMA

Regionale Perspektiven der Behindertenarbeit (Arabisches Welt)

Disability in the Arab Region: Current Situation and Prospects
Hissa Al Thani4

Gender and Disability in the Arab Region: The Challenges in the new Millennium
Kozue Kay Nagata10

Disability Profile in Yemen
Majid Turmusani.....15

Die Sozialpolitik im Bereich Rehabilitation für Menschen mit Behinderung in Algerien
Bericht von Ali Kouadria.....21

Community Based Services for Rehabilitation and Special Education
Bericht von Andrew L. de Carpentier.....26

BERICHTE

Fußball ohne Grenzen – Innovatives Projekt für Globales Lernen an Förderschulen und im Inklusiven/Gemeinsamen Unterricht
Stéphanie Fritz.....29

NEWS.....31

LITERATUR UND MEDIEN.....35

VERANSTALTUNGEN38

IMPRESSUM

Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt
Journal for Disability and International Development

Anschrift

Wintgenstr. 63, 45239 Essen
 Tel.: +49 (0)201/408 77 45
 Fax: +49 (0)201/408 77 48
 E-Mail: gabi.weigt@t-online.de
 Internet: www.zbdw.de

Für blinde und sehbehinderte Menschen ist die Zeitschrift als Diskette im Word-Format erhältlich.

Redaktionsgruppe

Susanne Arbeiter, Sonderschullehrerin, Berlin:
 susanne.arbeiter@web.de

Andrea Eberl, Politologin, Wien/Österreich:
 andreaeberl@rocketmail.com

Doris Gräber, Diplom Rehabilitationspädagogin, Berlin:
 doris.graeber@arcor.de

Prof. Dr. Adrian Kniel, University of Education, Winneba/
 Ghana: akniel@uew.edu.gh

Harald Kolmar, Bundesvereinigung Lebenshilfe, Marburg:
 harald.kolmar@lebenshilfe.de

Stefan Lorenkowski, Handicap International:
 stefan.lorenzkowski@web.de

Mirella Schwinge, Universität Wien, Wien/Österreich:
 mirella.schwinge@univie.ac.at

Gabriele Weigt, Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit, Essen: gabi.weigt@t-online.de

Schriftleitung

Gabriele Weigt

Redaktionsassistentz

Dominic Dinh

Gestaltung

A. Schmidt

Druck und Versand

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V., Marburg

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft Konto-Nr.: 80 40 702
 BLZ/BIC: 370 205 00 / BFSWDE33
 IBAN: DE19 3702 0500 0008 0407 02

Die Zeitschrift *Behinderung und Dritte Welt* ist eine Publikation des *Forums Behinderung und Internationale Entwicklung*.

Hinweis: Für den Inhalt der Artikel sind die AutorInnen verantwortlich. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Die Veröffentlichung von Beiträgen aus der Zeitschrift in anderen Publikationen ist möglich, wenn dies unter vollständiger Quellenangabe geschieht und ein Belegexemplar übersandt wird.

Die Zeitschrift *Behinderung und Dritte Welt* wird unterstützt durch:

- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
- Kindernothilfe e.V.
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- Misereor

ISSN 1430-5895

Liebe Leserinnen und Leser!

Bewegte Zeiten: Während der Vorarbeit zu unserem Asien-Schwerpunkt, den Sie vor genau einem Jahr in Händen hielten, gelangten wir zu der Erkenntnis, dass die Arabische Welt in ihrer großen Diversität durchaus eine eigene Ausgabe Wert sei. Wir hatten viele Ideen zu möglichen Themen und AutorInnen. Doch unsere Konzeptionsarbeit wurde von der Realität überrollt, phasenweise ausgebremst, um dann wieder sehr bewegt zu werden: Insgesamt sechs Beiträge, die uns entweder schon vorlagen oder fest zugesagt waren, haben sich letztlich zerschlagen; es gab Arbeitsausfälle in der Redaktionsgruppe sowie im Fachbeirat; mittendrin der Krieg im Libanon: wieder Tote, wieder vermeidbare Traumata und Beeinträchtigungen, Schulen und Rehabilitationseinrichtungen wurden wochenlang zu Flüchtlingslagern - verständlich, dass vor diesem Hintergrund ‚Propaganda‘ in einen Beitrag aus dem Libanon eingeflossen ist, nur veröffentlichen wollten wir ihn so in dieser Fachzeitschrift nicht.

Zur großen Diversität innerhalb der Arabischen Region gehört auch, dass viele betuchtere Menschen saisonal tschechische Heilbäder besuchen und die Gesundheits- und Rehabilitationsleistungen z.B. deutscher Institutionen als PrivatpatientInnen in Anspruch nehmen. Interessiert haben uns in diesem Kontext Fragen, wie also MitarbeiterInnen im deutschen System mit ihren arabischen PatientInnen umgehen, in welchem Umfang Sensibilität und Kenntnisse für den interkulturellen Umgang ausgebildet sind, in wie weit unterschiedliche Auffassungen über die Entstehung von Behinderung und Krankheit sowie Erwartungen an Heilungserfolge bestehen, wo in einem Klinikalltag die Grenzen liegen und was passiert, nachdem die PatientInnen in ihre Heimatländer zurück kehren. Wir konnten einen deutschen Klinikverbund gewinnen, sich dieser Fragen gezielter anzunehmen und hoffen auf einen aufschlussreichen Bericht, sobald sich erste fundierte Aussagen dazu treffen lassen.

Eine spannende Kooperation *zwischen den Welten* zeichnet sich in Jordanien ab: an der deutsch-jordanischen Universität, für die 2005 der Grundstein gelegt wurde, soll eine heilpädagogische Fakultät entstehen. Wenn die Planungen etwas weiter fortgeschritten sind, wollen wir auch darüber berichten.

Nach den Hürden sind wir erfreut, dass diese Ausgabe - wenn auch unter notwendigen Anleihen interessanter Artikel aus anderen Journalen - so zustande gekommen ist, wie Sie Ihnen, unseren werten LeserInnen, nun vorliegt. Besonders beeindruckt sind wir von dem Einleitungs- und Übersichtsartikel von Sheika

Hissa Al Thani, *UN Special Rapporteur on Disability*. Als arabische Frau in dieser UN-Position vermag sie, einen sehr offenen Einblick in die Arabische Region zu geben und gleichermaßen den globalen Bezug herzustellen. Darüber hinaus können wir mit ihr von den ersten Ergebnissen eines gerade erst abgeschlossenen weltweiten Surveys zur Umsetzung der *Standard Rules* profitieren. Frauen mit Behinderung in der arabischen Region sind in ihrem Beitrag ein Thema, dem auch der gesamte Artikel von Kozue Kay Nagata gewidmet ist. Landesspezifische Einblicke hingegen gewähren uns die Beiträge von Madjid Turmusani für den Jemen, Ali Kouadria für Algerien sowie Br. Andrew L. de Carpentier für Jordanien.

Außerhalb des Schwerpunktes präsentieren wir Ihnen mit *Fußball ohne Grenzen* den Bericht über ein innovatives Projekt zum Globalen Lernen mit SchülerInnen mit Beeinträchtigungen in Deutschland. Und schließlich werden Sie in dieser Ausgabe besonders reichlich mit News und Literaturhinweisen versorgt.

Noch mehr Bewegung: Vielleicht haben auch Sie am 3. Dezember den *Welttag der Behinderten* begangen und schon wahrgenommen, dass noch in diesem Monat der UN-Vollversammlung der Text zur nagelneuen *UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen* zur Abstimmung vorgelegt wird. Fast zum gleichen Zeitpunkt legen BMZ und BMAS das erste Politikpapier zum Thema *Behinderung und Entwicklung* vor, das einen grundlegenden Wandel und Paradigmenwechsel in der Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit einleitet. Über das, was mit diesen Meilensteinen weiter passieren wird, werden wir Sie auf dem Laufenden halten.

Zu guter Letzt möchten wir Sie wieder darum bitten, von den beiliegenden Überweisungsträgern Gebrauch zu machen, um unsere finanzielle UnterstützerInnen wenigstens anteilig von den Kosten für Redaktionsassistenten, Layout, v.a. aber für Druck und Versand zu entlasten. Berechnet für die drei Ausgaben pro Jahr sind es mindestens 11 Euro, um die wir Sie bitten. Vielen Dank.

Wie immer gute Lektüre wünscht Ihnen nun

Ihre Redaktionsgruppe

Disability in the Arab Region: Current Situation and Prospects

Hissa Al Thani

This article employs the unique insights about disability in the Arab region from the point of view of the United Nations Special Rapporteur on Disability, who is a woman from that region. It will briefly explore the situation of persons with disabilities in the Arab Region. It will touch upon the International Convention on the Rights of Persons with Disabilities and the way in which the disability movement in that part of the world responded to its drafting. It will also refer to some of the findings of the Global Survey on Government Implementation of the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities – a Survey conducted by the Office of the Special Rapporteur, and whose findings are still being analyzed and will be published in January 2007. The article will stress the diversity of the countries in the region in spite of the common culture, language and religion. Attitudes and perceptions as they effect persons with disabilities – particularly women – are also briefly explored.

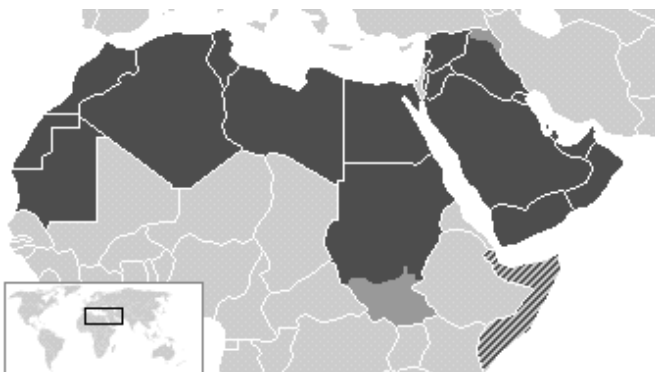
Introduction

I was very pleased when I received the request to submit an article to this esteemed journal, for this is an exciting time in the life of the disability movement and I am very happy to be part of it. I was doubly pleased to learn that this issue of the journal will focus on the Arab region - a region that does not often receive enough attention in outside the context of global geopolitics.

Therefore, I would like to use this opportunity to shed some light on the cultural and social diversity of the region, and the effect of that diversity on the disability movement. Additionally I would like to touch on the positive effect that the drafting of the *International Convention on the Rights of Persons with Disabilities* has had on disability work in the region.

Background

The twenty-two countries¹ that make up the Arab world share much in common in terms of religion, culture and language. But even in those aspects, there is a wide range of diversity and subtle differences. There are also differences among the countries in the region economically, socially, politically and geographically all of which have a tremendous effect on social and political movements, including human rights and disability issues. This diversity represents



both a challenge and richness, and the cultural and social norms constitute both an advantage and a disadvantage for persons with disabilities.

Map of Arab League states in dark grey with non-Arab areas in light grey and Somalia and Djibouti in striped grey due to their Arab League membership but non-Arab population.

In this article I will briefly explore the situation of persons with disabilities in the region. I will touch upon the *International Convention on the Rights of Persons with Disabilities* and the way in which the disability movement responded to its drafting. I would also like to refer to some of the findings of the *Global Survey on Government Implementation of the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities*² - a survey that was conducted by my office and whose findings are still being analyzed and will be published in January 2007.

The countries in the region vary both to a greater and lesser extent from each other in social, political and economic characteristics. Those characteristics effect the way the governments and society respond to disability and the conditions of persons with disabilities in those countries.

Additionally the wars and armed conflicts in which the region has been embroiled for many years, have directly effected some of the countries more than others, these include Lebanon, Iraq, Palestine and Sudan. Paradoxically. These wars have been the contributors to the marked increase in disabilities in those countries, and, at the same time, have prevented governments from providing appropriate services.

On the other hand, the oil-rich countries of the Gulf, have enjoyed the comforts of economic prosperity for many years, making social change less of a priority until very recently. Civil society and non-governmental organisations in those countries have not yet established full independence from the state in terms of outlook and point of view.

Poverty, under-development and the lack of resour-

ces in some countries have also had an impact on the prevalence of disability and the less than adequate response by governments.

Moreover, there are those countries for whom the desire for and the efforts at social change and development are not matched by available resources, yet they have achieved higher levels of literacy and medical and other social services, as well as fostering a healthy and independent civil society movement, including representative disabled persons organisations. And finally there are also issues specific to the culture that have had a particular effect on women with disabilities in many countries of the region.

It is natural that all these factors, along with the central role that religion plays in the lives of people in the region, would effect the way the issues of the persons with disabilities are dealt with, and indeed the social and official attitudes towards persons with disabilities.

Cause and Prevention

Disability prevention - at the social, policy and medical levels - has been identified as a priority in every meeting and encounter I have had with officials from that region. Governments and disabled persons organisations in the region have been dealing with the some of the most direct causes of disability and have been devising policies and programmes to tackle them. One of the main tools being used in the prevention is mass media public awareness campaigns.

As mentioned above, wars, civil strife and their aftermath, such as landmines and unexploded ordnances, contribute greatly to the prevalence of disability. Although there are no accurate statistics regarding disability as a result of war, informal estimates and experienced observation have approximated that for every person killed three people are left with a permanent disability.

Naturally the ideal way of preventing disability caused by war and armed conflict is to declare universal peace. Much as that would be desirable, it does not seem likely in the near future. Therefore, prevention in this respect has mainly taken the form of landmine education and public awareness campaigns about the dangers of unexploded cluster bombs, and the like. Most recently, (November 4, 2006) Lebanese citizens organized the *National Day Against Cluster Bombs* which included awareness and education about the dangers.

Young men, fast cars, open roads and the ride often ends in head or spinal cord injury - disabilities caused by road accidents have been on the increase as the

standards of living have risen. This has become a major problem in many countries in the region and public education and awareness about road safety and the dangers of reckless speed are not nearly adequate to counter the problem.

Social practices have also been identified as a contributing factor to the prevalence of disability. In Arab societies, family ties are uppermost and tradition still governs social life. Among traditional, social and family practices, is that of inter-familial or consanguineous marriages. These kinds of marriages, more popular in countries than in others but practiced in all, play a major role in perpetuating disability through several generations.

In poor, rural and/or agricultural communities, in addition to the inter-familial marriages, poverty, inadequate pre-, post- and neo-natal health care, and the youth and illiteracy rates among mothers, all contribute to the increase in disability and exacerbate the conditions of disability among young women and newborns. Measures are being taken to increase the legal age for marriage and to provide young mothers with health and nutrition training, particularly in rural and poorer communities.

Still it would certainly not be an understatement to state that far more needs to be done in the area of prevention.

Situation in the Region

Historically, persons with disabilities in the Arab region have suffered no greater and no less of the discrimination and marginalisation that all persons with disabilities have suffered throughout the world. Generally speaking services and aid to persons with disabilities were motivated by pity and charity, and predominantly provided by religious-based institutions and organizations. The rights-based approach to the needs of persons with disabilities began with the *World Programme of Action Concerning Persons with Disabilities*³ which was adopted by the General Assembly in 1982.

The *Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities* followed ten years later and was unanimously adopted by the General Assembly, expressing the world's moral and political commitment to the issues of persons with disabilities. Unfortunately, as the Global Survey revealed, twelve years after the adoption of the *Standard Rules* no single country has yet succeeded in fully implementing them.

Also according to the findings of the survey from the 18 Arab countries that responded out of the 22,

Arab governments have yet to meet some basic challenges with regard to the implementation of the *Standard Rules*. These include raising public awareness about causes and prevention of disability, and the rights and potentials of persons with disabilities; passing legislation; gathering and using information and statistics on disability; supporting organizations of persons with disabilities, and ensuring their representation; creating an accessible physical environment.

One of the main challenges facing the recognition of the rights of persons with disabilities in the region, is the recognition of disability itself. Without accurate and reliable data on the size, scope, types, prevalence and causes of disability, there can be no appropriate services or programmes and no proper response to the needs.

It is perhaps telling that there is a direct and positive correlation between the level of development of a country and the reported percentages of disability. While Europeans place the percentage of persons with disabilities in their countries in the double digits, the Arab countries invariably report that figure at under 5 %.

Considering all the factors that cause disability in the region, stated above, such percentages are certainly unrealistic and do not reflect the true situation. Therefore, I can only conclude that this is an indication of the unwillingness on the part of government officials to recognize disability as an issue that demands social and governmental attention. In many ways, this is akin to *being in denial*. It is easier to deny the existence of a condition than to have to deal with it.

Arab societies are family and community oriented, unlike the individualistic nature of most Western societies. Therefore, there is a strong belief that *people take care of their own* rather than delegate that responsibility to government. This credo, the tightly knit extended family structure, along with the lack of government support, and an organisational and institutional base for services, results in something of a forced integration for persons with disabilities. Such an integration into society is not supported by an accessible physical environment or specific services.

Having said that, I must stress that this kind of integration is not rights-based and does not happen in response to the equalization initiatives. It is the only alternative to isolation and marginalization. It does not follow a recognition of needs, potentials and abilities of persons with disabilities to contribute equally to society. It is most often a personal effort on the part of a family that possess financial resources and the person with disabilities him or herself to break down barriers and overcome obstacles whether they be social, physi-

cal, environmental, or attitudinal.

The general condition of persons with disabilities in Arab societies is invisibility. In particular, persons with intellectual, developmental or psychosocial disabilities are considered to be a source of shame for and a burden to their families. But none more so than women with disabilities. If women with disabilities in other parts of the world suffer double discrimination, once based on gender and again based on their disability, then it is safe to say, if such a thing is possible, that women with disabilities in the Arab region suffer triple discrimination.

Although the status of disabled women generally in the Arab world varies from country to country, the theme of marginalisation to a greater or lesser extent, is common to all of them. In poorer countries or in more conservative communities this marginalisation is deeper and more difficult to combat.

As women, they are segregated from male society, but as women with disabilities they are also isolated from the lives of other women. They are, for all intents and purposes, invisible; their issues receive little, or no consideration; and there are very few programmes that target them specifically. In a social structure that is male dominated in the best of cases, women with disabilities do not stand a chance for rehabilitation, education, accessibility and any number of services available to men with disabilities.

In communities where a woman's status is dependent on making *a good marriage*, being *a good wife* and a *good mother*, women with disabilities do not stand a chance. They are not considered marriageable and often their non-disabled siblings are also overlooked in marriage by reasons of association.

Predominantly women with disabilities are far more likely to suffer violence and sexual abuse. Paragraph 152 of the recent report by the *United Nations Secretary General* on violence against women⁴, released this month, stated that, "Women with disabilities may experience violence...in their homes and institutional settings, perpetrated by family members, caretakers or strangers." It also stated that according to surveys and research, "over half of women with disabilities have experienced physical abuse, compared to one third of non-disabled women."

This is also true in some countries of the region. There are other forms of abuse of girls and women with disabilities. Girls from poverty stricken communities, particularly rural areas, who suffer a mild developmental or intellectual disabilities, are often sent into domestic work, where they are subjected, in the mildest of cases, to verbal abuse relating to their disability.

Women with disabilities in the region lack the organisations that support them and address their specific needs as women and as disabled persons. At the same time they are outside of the women's rights movement that is growing exponentially in the region. They occupy a grey area socially. In the last two years, efforts encouraged and promoted by the *Office of the Special Rapporteur*, have begun by providing a forum for women in the region to speak of their experiences, identify their needs, raise awareness of their rights, and mobilise and organise for themselves.

Another challenge facing the region has to do with education for children and adults with disabilities. Research conducted by the *Office of the Special Rapporteur*, has shown that children with disabilities are not integrated into the mainstream educational system in the region. Schools have not been made accessible nor are there educational materials in accessible formats. Additionally, teacher training in special education is also relatively scarce. Although illiteracy rates vary considerably from one country to another, UNESCO has placed the illiteracy rate in the region as a whole at 46 % for women and 25 % for men⁵. It would not be an overstatement to say that the lack of educational opportunities for persons with disabilities contributes to the high percentages of illiteracy in the region.

Recently, it came to my attention that signing, sign language interpretation and interpreters constituted a major challenge for deaf persons in the Arab region. Deaf children and adults are being deprived of their right to education due to lack of interpretation services in schools and higher education institutions. In a joint initiative with the *Finnish Government* and the *World Federation for the Deaf*, I have launched a pilot project to assess the needs and explore the means of meeting them through training of teachers, interpreters, community workers, and widely disseminating sign language training materials.

Efforts are always being made to build the capacity, strengthen and support civil society organisations in the Arab world. I have concluded, based on the findings of the *Global Survey*, that this is especially true of disabled persons organisations. Upon comparing government and DPO responses to questions regarding the existence of services, we were surprised to find that, contrary to responses from other regions, Arab DPOs over-reported the existence of services while governments under-reported them. This may be a reflection of the political systems in which those DPOs operate. However, it may also reflect an immaturity on the part of civil society - in many countries the establishment of civil and non-governmental organisations is relatively recent. It could also indicate that

the absence of reliable data and accurate statistics in the region has skewed the perceptions of disabled persons organisations.

Whatever the case may be, and in the end it is possibly a combination of all those factors - the lack of resources, the lack of recognition and awareness, the restrictive political systems, and the levels of social and economic development - persons with disabilities in the Arab region face a great deal of challenges.

If I were asked what in my opinion is the greatest challenge facing disability in the region, I would have to say it is the lack of awareness of the rights of persons with disabilities, coupled with the lack of clear and actionable legislations protecting those rights. This, I believe, is the most direct contributor to the prevalent social attitudes that persons with disabilities are faced with.

Persons with disabilities are a source of shame, a financial burden, even seen a curse on their families; the words used to describe or denote disability are derogatory and pejorative; people are often identified by their disability, or their disability replaces their given name. In colloquial languages the words that denote different types of disabilities have become common swear words. Such attitudes are no longer as prevalent as they used to be a decade or so ago, but they do still exist and constitute the basis of an awareness raising agenda for the Arab region.

It is important to note that such attitudes do not stem from Islamic religious beliefs. In fact, the Quran has *very little* to say about disability per se. The mentions of disability - such as blindness or deafness - in the Quran are figurative references; (e.g. the blindness of the heart, or the deafness to God's teachings). According to the Islamic scholar *Sheikh Isse A. Musse*, of the *Islamic Council of Victoria*, "Islam sees disability as morally neutral. It is seen neither as a blessing nor as a curse. Clearly, disability is therefore accepted as being an inevitable part of the human condition. It is simply a fact of life which has to be addressed appropriately by the society of the day."⁶

As *Special Rapporteur on Disability*, and as a woman from the Arab region who belongs to the Muslim faith, using such pronouncements by prominent Muslim scholars have been *extremely helpful in advocating* for the rights of persons with disabilities. In societies as deeply religious as those in the region, it is important to use the tools of their beliefs in order to change social attitudes and replace discrimination with acceptance. This is especially true when talking about the obligations of society towards persons with disabilities and the accommodations that need to be made in order to achieve their full participation in all

aspects of life.

In the past three years, I have commissioned a group of young film makers to produce television public awareness spots that emphasise the potentials and capabilities of person with disabilities and highlight the practices that keep them from achieving them. The latest of such a production has been an *Arabic Rap Song* entitled *Difference is Natural*⁷ performed by young persons with different types of disabilities and featuring a known Arab rap artist. The clip has started airing on Arabic television stations on November 1, 2006, and will also air on stations devoted to pop music and popular youth culture.

In addition to raising awareness about the rights of persons with disabilities among youth and society in general, another key factor in improving the situation is through drafting, strengthening, enacting and applying legislations based on the principle of equalization of opportunities and aimed at achieving the full participation of persons with disabilities in society. Again efforts are underway in that direction through symposia organised by the *Office of the Special Rapporteur* and the *Arab Parliamentary Union* to increase awareness among legislators and to build their capacity to legislate and protect the rights of persons with disabilities. *Arab Parliaments* and *Legislative Councils* have been very receptive to the symposia which bring together persons with disabilities, their representative organisations and members of parliament in a two-day structured dialogue and exploration of a specific right as expressed by the *Standard Rules*.

A more difficult area to tackle despite the improvement in attitudes towards persons with disabilities generally, is the stigma that surrounds psychosocial disabilities. This, we know is not particular to the Arab region alone, as results of the *Global Survey* indicated that in less than 30 % of the countries, are the needs, requirements and services for persons with psychosocial disabilities taken into consideration. Even within the disability movement itself recognition of psychosocial disabilities has been slow.

But as I indicated at the beginning, this is an exciting time for the disability movement world wide and the Arab region is no exception. The global rights movements exemplified by the drafting and adoption of the *International Convention on the Rights of Persons with Disabilities* has had a great impact on disability issues in the Arab region, and there are a number of reasons why I believe the future outlook for persons with disabilities in the region is positive.

The drafting process went a long way in mainstreaming the issues of disability and providing a forum for general discussion of those issues. It was also instru-

mental in defining the role of disabled persons organisations and strengthening activism and advocacy by persons with disabilities *themselves*.

Although the Arab region was the last region to adopt a *Decade for Persons with Disabilities (2004)*, it was able to make use of much of the available experiences and lessons learned from the *African, Asian and Latin America Decades*. It also responded to the momentum created by the drafting of the Convention.

The *Global Survey* to which a majority of the Arab countries responded will also go a long way in helping identify the issues and the shortcomings and defining ways of responding to them. It will also allow the disabled persons organisations in the region develop a better understanding and target for their advocacy efforts.

Finally, one of the main reasons I am optimistic regarding the issues and rights of persons with disabilities in the region, is due to the growing interest by the media and government officials in these issues. This has definitely been influenced by the international work that has been going on with the regard to drafting of the Convention and the awareness that this has raised throughout the world. Another factor that has helped has been the appointment of a *Special Rapporteur on Disability* from the region. This has provided an *impetus* for the region to start acting upon their good intentions and activating their *political* and *moral obligations* towards persons with disabilities.

Notes

1. Arab Countries

Algeria	Libya	Sudan
Bahrain	Mauritania	Syria
Comoros	Morocco	Tunisia
Egypt	Oman	United Arab Emirates
Iraq	Palestine	Yemen
Jordan	Qatar	Djibouti
Kuwait	Saudi Arabia	Somalia
Lebanon		

2. The questionnaire was sent to one government body and two disabled persons organisations in each of the 192 United Nations Member States. Responses were received from 114 countries.

3. World Programme of Action Concerning Disabled Persons A/RES/37/52 <http://www.un.org/esa/socdev/enable/diswpa01.htm>

4. Secretary General's study on violence against women, 61st session of the General Assembly, 2006, Item 60 (a) on advancement of women, page 162, paragraph 152

5. Illiteracy in the Arab World, Hassan R. Hammoud, Beirut, Lebanon 2005

6. Disability: An Islamic Insight, Sheikh Isse A. Musse,

Imam, Islamic Council of Victoria,
<http://www.icv.org.au/disabilityarticle.shtml>

7. *Difference is Natural* will be available on CD with English subtitles in December 2006

Zusammenfassung: Dieser Artikel gibt einen gute Übersicht in das Thema Behinderung in der Arabischen Region aus der Sicht der UN Special Rapporteur on Disability, die zudem eine Frau aus dieser Region ist. Er wird kurz die Situation von Menschen mit Behinderung in der Arabischen Region und die Reaktionen der Behindertenbewegung in dieser Region auf den Entwurf der Internationalen Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung skizzieren. Er wird sich auch auf einige Ergebnisse des Global Survey on Government Implementation of the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities beziehen. Diese Studie wurde vom Office of the Special Rapporteur durchgeführt und wird im Januar 2007 veröffentlicht. Dieser Artikel wird auch die Diversität der Länder dieser Region betonen, trotz der gemeinsamen Kultur, Sprache und Religion. Es werden auch kurz Einstellungen und Wahrnehmungen, die sich auf Menschen mit Behinderungen und insbesondere Frauen mit Behinderung beziehen, erörtert.

Résumé: Cet article se focalise sur le handicap en région arabe depuis le point de vue du rapporteur spécial des Nations Unies pour le handicap, qui est une femme de cette région. Il passe brièvement en revue la situation des personnes en situation de handicap dans la région arabe. Il évoque la Convention Internationale sur les Droits des Personnes en Situation de Handicap et la façon dont le mouvement du handicap dans cette partie du monde a réagi à son élaboration. Il évoque également certains résultats de l'étude globale sur la mise en œuvre par les gouvernements des Règles Standards pour l'Égalité des Chances – une étude menée par le bureau du rapporteur spécial, et dont les résultats sont en cours d'analyse et seront publiés en janvier 2007. L'article met en exergue la diversité des pays de cette

region malgré une culture, une langue et une religion communes. Les attitudes et les perceptions en ce qu'elles affectent les personnes porteuses de handicaps – en particulier les femmes – sont aussi considérées brièvement.

Resumen: El artículo presenta conclusiones sobre discapacidad en la region de Arabia, desde el punto de vista de la exponente de las Naciones Unidas sobre discapacidad, quién es una mujer de esta región. Se explora brevemente la situación general de ellas y se discute la respuesta que ha dado el movimiento de estas personas al desafío resultado de la Convención Internacional sobre los Derechos de los Discapacitados. Otros temas son: la implementación de los "Standard Rules" en la región, la diversidad de los países de esta misma, la posición y la percepción de la Persona con Discapacidad – en particular las mujeres - en su sociedad.

Autorin: Sheikha Hissa Al Thani wurde 2003 zur UN-Sonderberichterstatterin für Behinderung (United Nations Special Rapporteur on Disability) ernannt. Sie konzentriert sich auf Monitoring- und Advocacyarbeit sowie Bewusstseinsbildung im Bereich Menschen mit Behinderung in Entwicklungsländern, insbesondere auf Frauen und Kinder mit Behinderung und auf in Armut lebende Menschen. Sheikha Hissa Al Thani beobachtet Regierungen in Afrika, Lateinamerika und in der Arabischen Region bei der Implementierung der Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities und setzt sich für die Rechte von Menschen mit Behinderung ein. Sie hat auch zahlreiche Initiativen gegründet, die das Bewusstsein für die Belange und Rechte von Menschen mit Behinderung sowie verbesserte Gesetzgebung und Chancengleichheit zum Ziel haben.

Anschrift: Office of the United Nations Special Rapporteur on Disability:
 E-Mail: info@srdisability.org, Tel: (+974) 44 77 144,
 Fax: (+974) 44 77 122

Gender and Disability in the Arab Region: The Challenges in the new Millennium*

Kozue Kay Nagata

Many women are discriminated against because they are women. Having a disability compounds this gender-based prejudice. Women with disabilities in many regions of the world including Arab countries suffer from this double discrimination. The study upon which this article is based analyzes the status of Arab women in general, gender relations in the Middle East, and the situation of Arab women with disabilities, based on available disability statistics from a few selected countries and the author's observations during her 13-year living experience in Baghdad, Amman, and Beirut.

Introduction

The status of women varies from one society to another; however, everywhere disability poses additional challenges for women. In conservative societies where the status of women is relatively low, it has a particularly negative impact, creating more challenges in their daily life.

Although state sponsored education accompanied by industrialisation, urbanisation and globalisation has played a major role in creating a generation of more assertive and independent Arab women, the integration of Arab women in this relatively conservative society is still in its formative stage in the new Millennium. For instance, in the industrial sector, Arab women have some of the lowest participation rates in the world. Some Arab countries have made good progress during the last few decades. For instance, during the period of 1990-2000, in a tiny Gulf country, Oman, the country's female adult literacy rate almost doubled from 38 % to 62 %¹. In 2000, the total fertility rates for women in the Arab region ranged from 2.3 (Lebanon) to 7.6 (Yemen) just to indicate the difference among individual countries, in contrast with the world average (2.8 per woman) and the average of industrialized nations (1.7 per woman)¹. The birth rate in Arab families remains relatively high, as children are considered to be valuable. The reproductive function of the Arab family, and particularly of Arab women, thus remains one of the most important functions.

Regarding literacy, adult literacy levels among Arab men continued to be higher than women. For instance, in Egypt, in 2000, female literacy rate was only 44 per cent compared to the male literacy rate of 67 per cent. Illiterate women are over-represented among older women in the region¹.

Recently there has been a significant increase in the number of Arab women participating in all levels of education in the Arab region. In this regard, Lebanon, Egypt and some liberal Gulf countries are pioneers in setting up educational systems integrating

women. In fact, in some oil-rich Gulf countries, such as Kuwait and Bahrain, women's enrollment rate in higher education is higher than that of men. In Kuwait, in 1998, for every 100 boys, 214 girls were enrolled in higher education including universities². The oil money might have been the turning point for the Gulf countries. Educated women are more conscious of their human rights and more courageous in demanding them.

A gradual but steady increase in Arab women's participation in the labour force has also been witnessed in the last few decades. Their participation in formal employment has played a major role in changing status and gender relations. On the other hand, the dual functions of working mothers have imposed psychological pressure on them, as they have to cope with more than one role.

Generally, Arab women tend to get married much earlier than their male counterparts and they tend to get married to older men. Before, the early marriage of girls used to be an indication of the lower value of girl's education vis-à-vis other priorities which can be achieved through early marriage. First of all, it protects a girl in the traditional Arab culture, which still values *family honour*. In poor families, the marriage of daughters reduces the financial burden of her family and eases their responsibilities. Another important factor is that a new family would become another source of *Arab Children* to enrich the nation's population. In war torn countries, some have encouraged births in a state of political tension or armed conflicts (e.g. the outbreak of the Gulf wars and continuing tensions, and the Israeli occupation of Palestine). Of course, in line with the changing role of women, changes in patterns of their marriage and life style emerge. However, new options and chances are open to the small proportion of the female population; namely the urban female population of the middle or upper middle class.

The situation of Arab women with disabilities is not changing at the same rate and often their problems

are compounded by the traditional and impoverished segment of Arab society in which they live.

Literacy and Education of Women with Disabilities

According to the official statistics, a while ago, in Syria, only 20 % of women with disabilities were literate, compared to 66 % of the total female population who are literate and 40 % for men with disabilities (who are literate). In Bahrain, only 12 % of women with disabilities were literate, in contrast with 59 % of the total population of Bahraini women, 79 % of the total population of Bahraini men, and 36 % of Bahraini men with disabilities. Literacy among women with disabilities was far lower than that of men with disabilities. On the other hand, in both countries, the percentage of women with disabilities who completed higher education was only one-third of the equivalent rate of men with disabilities. The gloomy picture is almost the same as of today³.

According to a study in Lebanon, within households where more than one person is disabled (these households are quite common in Lebanon and other Arab countries due to common practice of kinship marriage) a disabled son is treated differently from his disabled sister. He is sent to school and she is not. One such example is a case of a brother and sister, both with motor disability. While the family managed to secure a wheelchair for the son, no such efforts were considered necessary for his sister⁴.

Employment

Employment and income security are prerequisites for living a dignified life. However, Labour force participation of Arab women with disabilities is still very limited. For instance, according to the national census, a while ago, the *active* Kuwaiti women with disabilities was only 2 % compared to 10 % for the total Kuwaiti women, 20 % for Kuwaiti men with disabilities and 67 % for the total Kuwaiti male population. However, out of the 98 % economically *inactive* female population with disabilities, 20 % are homemakers. This category of women with disabilities may well be involved in some kind of productive and meaningful activities at home³.

The rate of 2 % active women with disabilities looks hopeless. However, among economically active women with disabilities, 52 % were employed in professional and technical fields, and 35 % were in the clerical field. On the other hand, Kuwaiti men with disabilities tend to be employed in the field of services

(38 %), clerical work (25 %) and labourers (16 %)³.

This gender-based difference may be a characteristic of oil rich Gulf countries where though a tiny portion, the majority of employed women with disabilities are in professional categories, with a high percentage of them earning good salaries and maintaining good social prestige. These relatively privileged Gulf women with disabilities may work for human dignity, personal satisfaction, intellectual stimulation, social prestige, and her own personal development, etc., for compound reasons. On the other hand, there seems to be more pressure on Gulf men (with or without disabilities) to earn an income, no matter what occupations are available to them. Whether this is right or not, sometimes, a Gulf woman with disability and with a high academic background holds a unique position and develops her career on long-term basis. She can find a niche in this rather traditional society.

On the contrary, in resource poor non-oil producing and labour exporting Arab countries, such as Jordan and Egypt, the vocational training of women with disabilities must be accompanied by an immediate incentive of income generation upon completion, in order to invite support and cooperation from families who might otherwise be reluctant.

In Lebanon (resource poor non oil producing country), women with disabilities feel that the vocational training courses offered to them are too traditional and of questionable value. Even in this relatively modern Arab country, there is a strong assumption that it would be appropriate for women with disabilities to learn sewing and cooking and for their male counterparts to learn computer skills and electrical engineering, etc. It is very difficult for educated and trained Lebanese women with disabilities to attain respected positions in the private or public sector. Those few lucky ones who are able to find jobs often report discrimination in salary, and verbal, physical and sexual harassment at work and in public transportation. When active Non Governmental Organisations (NGOs) lobby for recruitment of people with disabilities in the government or private sector, the majority of recruits are men, and with very few women benefiting from employment mainstreaming.

Marriage and Sexuality

Arab women with disabilities face more discrimination and difficulty in marriage. The only exception to this practice is the case of very mildly retarded women. Men may accept a young and pretty mildly retarded woman although women tend to refuse marriage to a mentally retarded man.

According to the statistics in Jordan, a while ago, 62 % of women with disabilities were single, 18 % widowed, 16 % married and 3 % divorced. In Jordan, the ratios of the percentage of divorced Arab women with disabilities and of widowed women with disabilities, to the corresponding percentages for men with disabilities were extremely high (3 times and 6 times respectively). In the case of deaf and non-verbal persons, the rate of divorce is eight times more for women than men. This is a common phenomenon for women with all categories of disability and all countries in the Middle East. Some literature has confirmed this statistical trend³.

Marital status	Total No. of women with disabilities	Total No. of men with disabilities	% of Deaf and mute man	% of Deaf and mute woman
Single	62 %	59 %	67 %	73 %
Married	16 %	37 %	31 %	15 %
Divorced	3 %	1 %	0.4 %	3 %
Widowed	18 %	3 %	2 %	9 %

Percentage distribution of people with disabilities by marital status, 1983, Jordan

In the Arab region, marriage of women with disabilities is described as *very problematic*, particularly when there is a doubt about a *genetic* cause for a disease such as muscular atrophy. For such women it is easier to find a partner in the West, where friendship and affection is more valued as the basis for marriage.

Arab women with disabilities are denied the most fundamental human rights including the right to love. Society in general fails to recognise the sexuality of women with disabilities and discourages the expression of their sexuality. In some cases, some parents have taken care of their disabled girls with affection and devotion through early childhood and often are astonished to find signs of adolescent sexuality later. They tend to over-protect them from aspirations that may not be achieved in the Arab world, even in the new millennium.

Impact of armed conflicts on Arab Women with Disabilities

Several countries in the region are war-torn or under civil unrest. For instance, from the perspective of Arab people, Palestine is regarded as an occupied territory by Israel. In this society, traditionally, disability has been considered to be shameful. However, negative perceptions of physical disability were changed first during the Intifada, the mass uprising of Palestinian

people in 1987 and the continuing resistance. The issue of disability became an important political agenda all of a sudden. Retaliation by the Israeli military on Palestinian young men and teen-age boys throwing stones caused a sudden, huge increase in the number of people with permanent physical disabilities. The group most affected was youth who now suffered permanent physical disabilities. Though disability had a stigma before, it now became heroic, as a symbol of active resistance to the occupation.

The subsequent quick spread and development of rehabilitation services for people with physical disabilities in the West Bank and Gaza is a result of the emerging number of Intifida war veterans. However, this politically high profile event now gave people with disabilities a different focus to the physical injuries of young war veterans. Disability was now perceived as *martyrdom*, where young men sacrificed their lives to live in wheelchairs. This new focus diver-

ted attention away from women with disabilities who suffered equally from the civil unrest. It also worked against those women and men with congenital and non-physical disabilities, such as mentally retarded women.

Some challenges and good practices

Mainstreaming disability concerns

The issue of Arab women with disabilities should be tackled within the overall framework of women's development in the Arab world. Mainstreaming of Arab women with disabilities in education, training and employment should be a priority action. Many disability activists in Lebanon felt that mainstream women's movement in Lebanon failed to incorporate concerns of women with disabilities, and concurrently the weakness and immaturity of the mainstreaming women's movement in the country is limiting advancement and social integration of women with disabilities. However, some organisations such as the *Youth Association of Blind* in Lebanon is pursuing the disability mainstreaming strategy in order to legitimatise their cause and contribute to the diversity and also balance and strengthen the mainstream women's movement in the new millennium. These young assertive women with disabilities believe that the Lebanese women's movement and the disability movement have both gained increased visibility and empowerment through networking and alliances across the sectors, overcoming political differences.

Mainstreaming gender

Not many activities in organisations of people with disabilities or self-help groups in the Arab region have been exposed to the concept of gender mainstreaming or gender training. There is a need for gender training and capacity building. A number of leaders and associations have started seeing it as the top priority to improve their organisation's visions and programmes in the new millennium. The *Lebanese Sitting Handicapped Association* is a pioneer for instance in Lebanon, to initiate gender training and capacity building within the civil society of people with disabilities. They have organised computer training courses and more than 50 Lebanese women with disabilities were trained, in a mainstreaming setting together with men. Upon completion, they have lobbied for the recruitment of 27 women and 28 men graduates with the Ministry of Communication⁵.

Information Technology

Recent technological advance with regard to Information Technology and globalisation in the Arab region have motivated the United Nations ESCAP disability programme to empower women and men with disabilities. ESCWA is an active UN agency to promote minimising the existing gender-divide of Information Technology among people with disabilities. ESCWA is challenging the stereotypes about what is *appropriate* training and employment for Arab women with disabilities. They aim to encourage the active participation of women and men in the use of the Internet, e-commerce, virtual learning and e-livelihood. The organisation's activities aim to raise public awareness and to improve access to all types of electronic information for Arab women and men with disabilities. ESCWA implemented its first regional training centre for Braille computer, targeting blind girls and women, in the period of 1996 - 1999. The Centre is still highly regarded in the Arab region and the project was replicated in many places. In the New Millennium, in 2001, the second phase project to promote accessible Information Technology was launched. A new training Centre for Arabic Braille computer with link to Internet and Arabic speech synthesizer was opened in Beirut, with priority given to blind girls. A regional on-line electronic Braille documentation centre will complement this facility and blind Arab end users (from remote or conservative communities) will have full online access to Arabic/English documentation centre. The majority of beneficiaries of this project are Arab women.

Public awareness

Arab women with disabilities are under-enumerated due to prevailing negative social attitudes. Also, available literature on gender and disability is limited. Public awareness of capabilities and dignity of women and men with disabilities should be boosted and their social integration should be promoted. Recently, some TV companies in Egypt and Lebanon, such as Future TV in Lebanon, have begun to be pro-active to promote the positive image of Arab women with disabilities, not through the traditional method of focusing on individual problems and needs but through mainstreaming them in dramas, comedies, and other entertainment TV programmes.

Disability prevention and kinship marriage

Kinship marriage which still prevails in the Arab region in this new millennium is a negative socio-cultural factor for inherited disabilities. In Jordan, the rate of consanguinity is about 50 %, even in this new millennium. It was reported by Janson Staffan that kinship marriage rate of 67 % in the experiment groups of parents with severely mentally retarded Jordanian children was higher than the national average (50 %)⁶. Even in liberal Lebanon, in 1990, 20 % of ever-married women and 24 % of illiterate women liberal Lebanon were married to close relatives.

It is important to alert public opinion to the danger of intermarriage among close relatives. Education of women should be further emphasised as it has proved more effective than educating men of the harm cause by consanguineous marriages. A new, open minded, yet culturally balanced genetic and sex counseling method should be developed and such services should be made available.

Notes

1. UNICEF. The State of the World's Children 2002: Leadership, New York 2002
2. UNDP. Human Development Report 2002, New York, Oxford Press 2002
3. United Nations ESCWA. Proceedings of ESCWA Regional Seminar on the Role of the Family in Integrating Disabled Women into Society, Amman, 16-18 October 1994
4. LAKKIS S. Mobilising women with physical disabilities: The Lebanese Sitting Handicapped Association. In Gender and Disability: Women's Experiences in the Middle East, Oxfam Publication, 1997
5. LAKKIS S. Personal Communication
6. JANSON S. et al Severe Mental Retardation in Jordanian Children, Bulletin of the Consulting Medical Laboratories, Volume 6, NO. 2 April 1988

* Originalartikel veröffentlicht in: Asia Pacific Disability Rehabilitation Journal, Vol. 14 No. 1 2003, pp.10-17

Zusammenfassung: Viele Frauen werden auf Grund ihres Geschlechts diskriminiert. Von Behinderung betroffen zu sein, verstärkt die Vorurteile auf Grund des Geschlechts. Frauen mit Behinderungen in vielen Regionen der Welt, einschließlich der Arabischen Länder, leiden unter dieser doppelten Diskriminierung. Die Studie auf der dieser Artikel basiert, analysiert den Status arabischer Frauen im Allgemeinen und die Geschlechterverhältnisse im Nahen Osten sowie die Situation von arabischen Frauen mit Behinderung. Die Analysen der Studie basieren auf den verfügbaren Behindertenstatistiken einiger ausgewählter Staaten und den Beobachtungen der Autorin während ihrer 13-jährigen Lebenserfahrung in Bagdad, Amman und Beirut.

Résumé: De nombreuses femmes sont victimes de discrimination parce qu'elles sont femmes. Être handicapée renforce cette discrimination basée sur le genre. Les femmes handicapées souffrent de cette double discrimination dans beaucoup de régions du monde, en ce compris les pays arabes. L'étude sur laquelle se base cet article analyse la situation des femmes arabes en général, les relations de genre au moyen orient et la situation des femmes arabes handicapées, se basant sur les statistiques disponibles dans certains pays particuliers ainsi que sur les 13 années d'ex-

périence de l'auteur à Bagdad, Aman et Beirut.

Resumen: Muchas mujeres son discriminadas porque son mujeres. Tener una discapacidad contiene también este prejuicio del sexo. Las mujeres con discapacidades en muchas regiones del mundo, incluyendo las de la región de Arabia, sufren de esta doble discriminación. Este artículo analiza el estado de mujeres de Arabia en general, las relaciones de sexos en el Medioeste, y la situación de mujeres con discapacidad. La investigación esta basada en estadísticas de diferentes países seleccionados y en las observaciones de la autora durante sus 13 años de experiencia viviendo en Bagdad, Amman y Beirut.

Autorin: Kozue Kay Nagata arbeitete als Social Affairs Officer von 1988 bis 2002 für die Wirtschafts- und Sozialkommission der Vereinten Nationen für Westasien (Beirut, Libanon) und war in dieser Position verantwortlich für Programme im Bereich Behinderung. Dieser Artikel stellt die Meinung der Autorin dar und nicht die der Vereinten Nationen.

Anschrift: Economic Affairs Officer, Gender and Development Section, Emerging Social Issues Division, United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific, Rajdamnen Nok. Ave., Bangkok 10200 Thailand, E-Mail: nagata@un.org



Helfen bringt was

Helfen bringt Zukunft, wenn Notleidende selbst den Weg aus der Armut gehen. Genau dabei stärkt sie MISEREOR. Deshalb wirken Spenden wie Rückenwind, der Schritt für Schritt beflügelt.

Sie möchten mehr wissen?
Rufen Sie an: 0241 / 442-125

www.misereor.de

Spendenkonto 52100
Sparkasse Aachen
BLZ 390 500 00

MISEREOR
• DAS HILFSWERK

Disability Profile in Yemen*

Majid Turmusani

This study gives preliminary insights into the situation of disabled people in Yemen in the context of poverty. The study highlights the need for a comprehensive participatory strategy on disability to protect and promote the rights of disabled people. It is argued that the participatory research approach used in this study may facilitate the development of a sense of partnership between participating partners serving as vehicle for the empowerment of disabled people and their organizations as well as serving as a model for a future participatory strategy on disability. The high government political commitment towards disability in Yemen has raised the profile of disabled people issues on public agenda. However, discussions with disabled people and their families in four governorates including the capital Sana'a showed that disabled people continue to experience discrimination in accessing services and community support. The physical and institutional barriers continue to exclude disabled people from receiving services and perpetuate their passivity. Overall, support for the disability sector remains limited due to lack of a strategy on disability as well as poor coordination mechanisms. Two major obstacles among others that hinder the development of disability sector in Yemen are: the lack of accurate disability information necessary for planning, and the widespread poverty (ineffective poverty strategy). A poverty reduction strategy should take note of building human capacity to use scarce resources in the community (i.e. the use of community based rehabilitation approach) and not only building economic capacity. An effective poverty reduction strategy goes hand in hand with friendly safety nets measures as well as a comprehensive strategy on disability so that the needs of disabled people are properly addressed.

There is no accurate information or studies on the situation of disabled people in Yemen, just piecemeal and uncoordinated studies. In recent years, the government has given attention to data management on disability for program planning and policy making. A number of national surveys as a result have included some questions on disability. The accuracy of the results have remained limited however due to using narrow definitions of disability as well as other technical and logistical problems related to collecting specialist information on disability.

For example the population, housing and establishments census of 1994 had showed a proportion of disability at 0.54 % with no difference between rural and urban areas (CSO 1994). This is far from accurate and included only the severe cases of disability. The *National Poverty Survey* (1999) showed a 17-18 % of stunting among children less than 5 years of age with the majority of cases due to malnutrition (CSO 1999). The *Household Budget Survey* planned for 2005 makes reference to disabled people but definition is rather limited and leaves those with learning disability, psychological/psychiatric, and multiple disabilities excluded (CSO 2004). The issue of definition remains the key factor responsible for variations in the results of surveys and studies.

Impairments and disabilities in Yemen are due to road accidents, hereditary issues, accidents from construction work and firearms, poor medical infrastructure and medical mistakes, iodine and vitamin A deficiency, poor maternal health related to malnutrition, and other environmental factors including epidemics,

natural disasters, pollution, and inaccessible environments. Further, maternal health is notably affected by Qat¹ consumption. According to The World Bank (1999), Qat severely reduces the appetite for women and leaves pregnant mothers without food for considerable times, causing nutritional problems for mother and child. There is a lack of awareness raising strategies on the prevention of disability in Yemen. This leads to new cases of preventable impairments on a daily basis².

In Yemen as in other developing societies, poverty and disability are closely linked in a vicious circle (DAA/UNESCO 1995; DFID 2000; Stienstra, et al 2002). Poverty among disabled people surveyed for the Social Welfare Fund in 2002 reached 23 % (SWF 2002; MLSA 2003). Breaking the yoke of poverty will help overcome problems related to disability. However, improving the economic conditions of the poor is not the only solution to deal with the issue of poverty and disability. There are other social, political and cultural measures that need to be put in place while dealing with poverty and disability (Turmusani 2003). To achieve equality and social justice as promoted in Millennium Development Goal in Arab countries - MDG (MDG 2003), the system of class has to be dismantled so that minority groups such as *Akhdam* and disabled people become integrated into the mainstream. Until these social and cultural disabling barriers (represented by class, gender or disabilities) are removed, little social justice can be achieved in Yemen. Therefore development initiatives should focus on strategies to change social habits and behavior.

The *Social Safety Nets* created to alleviate poverty at the rate of 27 % (*National Poverty Survey* 1999) in Yemen has the potential to serve disabled people. Currently there are three specialist safety nets serving disabled people including the *Social Welfare Fund* (SWF) (providing financial assistance to the needy including disabled people); the *Social Fund for Development* (SFD) (a capacity building organisation); and the *Fund for the Welfare of Disabled* (Disability Fund - DF) which provides funding for various disability rehabilitation projects. Other existing safety nets have also the potential to serve disabled people and this includes the *Public Works Programme* (create employment and income opportunities for low skill workers); the *National Poverty Alleviation and Employment Generation Programme*; the *National Programme for Productive Families* and the *Small Scale Credit Units*. Apart from the *Fund for the Welfare of Disabled*, all safety nets suffer from their budgetary limitations, including their dependency upon conditional foreign funding.

In conclusion, it is clear that markets alone can't deliver growth as argued earlier and this is more evident in the case of poverty and disability more than any other field. Both disability and poverty are cross-cutting issues. They should be tackled in a coordinated manner using a package of social, cultural and political measures together with economic reforms. All stakeholders should be involved in the process including disabled people and their organizations.

Issues and challenges

Rehabilitation policies in Yemen are spread over a number of legal documents issued by the *Ministry of Legal and Parliamentary Affairs* (MLPA). The *Law for the Welfare of Disabled* - Law Number 2 for the year 2002 remains the principal document. Other Laws referring to disabled people include: Child Law - Number 45/2002 (Articles 1115 - 123), Law for Social Welfare - Law Number 3/1996 including the establishment of *The Welfare Fund*, and Law Number 2/2002 for the establishment of the *Fund for the Welfare and Rehabilitation of Disabled People*. A major criticism of these laws is their limiting medical definitions, the absence of a coordination mechanism set up for the implementation of these laws, and priority treatment given to war disabled persons.

Despite all these laws, the rights of disabled people including disabled Yemeni to access services and provisions remain restricted by many institutional disabling barriers including the built environment in line with the social model of disability (Oliver and

Barnes 1998). Accessibility issues in fact are prerequisites to education, employment and participation in community life (UN 1993, Rapley 2003). Accessibility does not only include modification to buildings, but also necessary is changes in attitudes, an accessible legal system and accessible information and communication strategy that reaches all disabled people.

Strategies for the prevention of disability in Yemen remained largely limited to vaccinations. Little attention is given to reducing malnutrition among mothers and children, the reduction of Iodine and vitamin A deficiency, or road accidents, fire arms, constructions, medical mistakes, and diseases. The overwhelming majority of people acquiring impairments remain without services. The lack of an effective early intervention system means that impairments often develop into permanent disabilities, especially in rural areas where there is nearly total absence of disability support services including health education and necessary rehabilitation. Above all, an awareness strategy for changing attitudes towards the needs and abilities of disabled people is missing.

While Yemen is not a war zone country, land mines are still causing a number of impairments, especially among the rural population. According to the *Yemeni Land Mine Action Centre*, there have been 103 new injuries during the last 3 months throughout the country (YMAC 2003). Existing orthopedic workshops are only located in big cities and this leaves the majority population out of rehabilitation services. People who receive artificial limbs have difficulty maintaining such devices due to distance in reaching the nearest workshop. Existing workshops produce mainly lower and upper limbs. Wheelchair production is limited and there is no agency producing wheelchairs for children or for sports. Moreover, splints, crutches or special seats for CP children are all missing. Overall, the physical rehabilitation provision in Yemen including physiotherapy services is generally weak and needs serious attention.

It is notable that education for disabled people in Yemen is generally segregated in institutions some of which are residential with long waiting lists. This is despite the policy for *Education for All* adopted recently by *Ministry of Education* (ME 2002). Overall, there are far more disabled students who can't access education³ including higher education. Specialized preschool services for children with all kind of disabilities hardly exist apart from some individual urban based examples. For a rural society like Yemen with three quarters of its population living in scattered villages, Coleridge (2004) recommend the utilization of *Community Based Rehabilitation* (CBR) to serving

disabled people not only in education but in other areas of community development.

While sign language is notably developed in Yemen with a dictionary already in place, speech therapy is missing whether for deaf people, people who have had accidents, strokes or for CP and other disabled people. Similarly, psychiatric facilities are absent apart from a handful of centers characterized by poor services. Services for elderly population are totally absent despite the notable increase in life expectancy in Yemen from 46 years in 1990 to 60 years in 2001 (UN 2001).

Education and training are keys to assisting disabled Yemeni to become economically independent and active members in society. However, support services for young disabled people including vocational training and community apprenticeship is very limited. When they exist they concentrate on traditional handcrafts - sewing and knitting for girls and loom knitting for deaf and physically disabled boys. According to disability Law No 2/2002, five percent of the total workforce should be reserved for people with disabilities. In reality however, few employers comply with this quota system. The *Social Fund for Development* however - which has a special project for disabled people - has managed to employ a number of disabled women and men in its regional network, some of whom serve as disability officers themselves (SFD 2002). This model of trusting in the ability of disabled people to lead their own development deserves study and support.

The capacity of *Disabled People's Organisations* to lead disability movement in Yemen is a major concern considering the potential role DPO's can play in empowering disabled constituents. There is a national union of disabled people (MLSA 2001) already existing, but with no regional network or budget for operation. The capacity of the union to represent the interests of and to advocate the rights of disabled people is not always clear.

Government strategy

The Government of Yemen has shown high political commitment towards disability issues, but their strategy relied heavily on legislation or special safety nets funds as seen earlier. The *Ministry of Social Affairs and Labor* has taken the lead responsibility of serving disabled people in Yemen including issuing legislation - MSAL has a unit for CBR. Two other ministries provide services for disabled people including: the *Ministry of Public Health and Planning* (MoPHP) through its vaccination program, orthopedic support and phy-

siotherapy services (MPH 2000); and the *Ministry of Education* (ME) through its policy on *Education for All* (ME 2002).

Given the limited capacity of government structure to deal with disability issues, the Government in recent years has assigned much responsibility regarding the practical needs of disabled people to special safety net funds. These funds were created to reduce the yoke of poverty in the country and they include SFD, the *Social Welfare Fund and Disability Fund* as mentioned earlier. Moreover, the government has also delegated some responsibility for serving disabled people to the civil society.

This collaborative approach to development adopted by the Government goes in line with the participatory approach used in this study⁴ on disability and poverty in Yemen, fully supported by both the Government and the World Bank. The World Bank has long recognized the importance of democratic process for sustainable economic development in Yemen. There has been much investment made in supporting the development of civil society and grass root action guided by the international framework of Human Rights (The World Bank 2003).

Conclusion and recommendations

The overwhelming majority of disabled Yemeni, especially women⁵, remain without services, particularly in rural areas. Government support is very limited, and recently established DPO's are too weak to bridge this gap of services as these DPOs themselves require capacity building. Disabled people especially in the regions had expectations of support by the disabled union but receive none. They also have expectations from the government, and lack faith in it at the same time. While there is political commitment at government level, lack of enforcement mechanisms have left laws ineffective. The International community provides some support to the disability sector but this could be enhanced much more considering the existing needs and the size of development cooperation in Yemen. The top priorities identified by disabled people were vocational training, employment, and financial welfare support.

Considering the poor infrastructure of the country and the very limited capacity at all levels, it is necessary to conduct further investigations into the capacity of disability sector in Yemen and the potential for the development of coordination mechanism for existing disability partners, both government and civil society including DPO's. A comprehensive strategy on disability would clarify the roles and responsibilities

of each party which will greatly help meeting the needs of disabled Yemeni.

Issues to be considered in such a strategy may include awareness raising campaigns on disability prevention and early intervention; as well as positive disability terminology, human rights approach to disability; and inter-sectoral coordination are all important for the development of disability sector in Yemen. Equally important is the provision of rehabilitation services including vocational training, education, and employment and how these help in reduction of poverty and disability. There is a need to develop the capacity to manage data following a disability research approach.

The cross cutting nature of disability requires inter-agency coordinated effort for effective service delivery. For this reason there is clear justification for setting up of national coordination body with leading role given to disabled people organizations supported by MSAL who should oversee disability business in Yemen. The three fold government mandate of coordination, regulation and supervision of services including inter-ministerial coordination should be balanced, enhanced and strengthened at MSAL.

Disabled people organizations play a central role in their own empowerment process. Civil society including DPO's should be represented in all activities related to policy formation, program planning, implementation, and monitoring. In brief, it is important to mainstream disability into development national programs.

A strategy for poverty alleviation should take note of building human capacity to effectively use scarce resources in the community and not only building economic capacity. CBR approach to using local skills and resources is an important example - paper and simple orthopedic technology. Poverty reduction strategies should go hand in hand with friendly safety nets measures to include disabled clients in their target beneficiaries.

The high government political commitment towards disability has raised the profile of disabled people issues on public agenda. However, there is obvious need for a national strategy on disability with a mechanism for coordination⁶ so that minority groups are reached.

Notes

1. This first stage research has been conducted under the World Bank Study on Poverty and Disability in Yemen during March and April 2004. The full study will be completed in further date. Special thanks to Iqbal Quar - Team Leader of Yemeni Strategy for Children and

Youth, The World Bank, DC for her comments on an earlier draft of this paper.

Qat is considered as a stimulant substance that has dependency effect (MPD, MA, and FAO 2002).

2. One family visited had 6 disabled boys and girls who have muscular wasting. Two more children are also diagnosed with the same disease but no symptoms manifest until now. The lack of services left this disabled family out of services including education, vocational training or job opportunities. The welfare fund has just recently decided to give 2000 YR/month (approx 10 - 11 US\$) as financial support for this family.
3. The prevalent poverty in rural areas had led many parents to keep their children, especially girls at home to assist in family economy - farming, fetching water and woods, etc.
4. This first stage study gives a framework that will set the scene for a further in-depth investigation on disability and poverty in Yemen. In so doing, a brief situational analysis of disabled people in Yemen is being presented here based on discussion with stakeholders including disabled Yemenis. Disability partners in Yemen have identified a number of strategic issues that need to be looked at and addressed within Yemen strategy for children and youth.

Data for this study including demographic data have been gathered through a consultation process with disability stakeholders including those at the governorate level - this included all line ministries, INGO's, donors community, disability NGO's including disabled union, and disabled people and their families. A total of 50 organizations were visited and more than 150 people took part in 5 FGD including one large group discussion in Akhdam community. Both individual and focus group discussion were employed for data collection. Desk review has also been conducted and qualitative analysis has been used. Future study may focus on gathering primary and in-depth data from participants through both individual interviews as well as focus group discussions. Research team included researcher himself and two assistants from MSAL and SFD one of whom was a woman.

5. Until recently that there was special attention given to disabled women. Previously, disabled females were left behind and family given little priority for their education, training or rehabilitation. The *Challenge Association for the Care of the Disabled* is an advocacy initiative that support disabled women in Yemen. Based on a number of local surveys, the *Women National Committee for the implementation of CEDAW* reports 113,000 disabled people in Yemen, 36,852 of who are women. The illiteracy rate among disabled women is said to be at 95 % and the number of disabled girls served in rehab

centers is just over 1000 in 1999. Elderly females are particularly suffering more discrimination (WNC 1999).

6. Based on consultations with various partners in Yemen including GoY and civil society it was obvious that the current Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP 2003) lacks the endorsement of many stakeholders who either don't know about it or are not convinced that they can play a role in it. This explains the very slow progress in the implementation of PRSP in Yemen. Since it came into force two years ago, there was hardly any effort at the national level to set up coordination mechanism to introduce it to stakeholders and to monitor its implementation.

Literature

- COLERIDGE, P.: The Social Fund for Development: A Review of its Program in Disability. Internal Report, Jan-March 2004
- CSO: Final Results of the Population, Housing and Establishments' Census. Central Statistical Organization (CSO) and Ministry of Planning and Development, Sana'a 1994
- CSO: Final Results of the Population, Housing and Establishment Census, General Report. Central Statistical Organization (CSO) and Ministry of Planning and Development, Sana'a 1999
- CSO: The National Poverty Survey. Central Statistical Organization (CSO) and Ministry of Planning and Development, Sana'a 1999
- CSO: Household Budget Survey 2005 - Final Questionnaire. Central Statistical Organization (CSO) and Ministry of Planning and Development, Sana'a 2004
- DAA/UNISCO: Overcoming Obstacles to the Integrating of Disabled People, Disability Awareness in Action (DAA), London 1995
- DFID: Disability, Poverty and Development. Department for International Development (DFID), London 2000
- MDG: The Millennium Development Goal in Arab Countries: Towards 2015 Achievements and Aspirations. UNDP, New York 2003
- ME: Education for All Strategy, internal document. Ministry of Education, Sana'a 2002
- MLPA: Child Rights Law No 45 for 2002. Ministry of Legal and Parliamentary Affairs (MLPA), Sana'a 2002
- MLPA: Labor Law No 5 for 1995. Ministry of Legal and Parliamentary Affairs (MLPA), Sana'a 2003
- MLPA: Law for the Social Welfare Fund for 1996. Ministry of Legal and Parliamentary Affairs (MLPA), Sana'a 2003
- MLPA: Law for the Welfare and Rehabilitation of Disabled No 61 for 1999. Ministry of Legal and Parliamentary Affairs (MLPA), Sana'a 2002
- MLPA: Law of Social Welfare No 31 for 1996. Ministry of Legal and Parliamentary Affairs (MLPA), Sana'a 2003
- MPD, MA, and FAO: The National Conference on Qat: Towards the Formulation of a Comprehensive Qat Policy in the Republic of Yemen - Technical Field Study. Ministry of Planning and Development (MPD), Ministry of Agriculture (MA), and UN Food and Agriculture Organization (FAO), Sana'a 2002
- MPH: Health Sector Reform in the Republic of Yemen: Strategy for Reform. Ministry of Public Health and Planning (MPHP), Sana'a 2000
- MSAL: Charter for the National Union of Yemeni Disabled Organizations. Ministry of Social Affairs and Labour (MSAL), Sana'a 2001
- OLIVER, M. and BARNES, C.: Disabled People and Social Policy: From Exclusion to Inclusion, Longman, London 1998
- PRSP: The Republic of Yemen's Poverty Reduction Strategy Paper 2003 - 2005. Yemen News Agency Printing Press (Saba), Sana'a 2003
- RAPLEY, C: Reconsidering the disability Dimension in Development Cooperation Activities; building national capacities for full participation and equality. Regional Workshop towards a Comprehensive and Integral International Convention on Protection and Promotion of the Rights and Dignity of Persons with Disabilities. October 14-17, UNESCAP, Bangkok 2003
- SFD: The Annual Report of the Social Fund for Development (SFD). SFD, Sana'a 2002
- STIENSTRA, D., FRICKE, Y., and D'AUBIN, A. : Baseline Assessment: Inclusion and Disability in World Bank Activities. Canadian Centre on Disability Studies 2002
- SWF: Social Welfare Funds' Poverty Survey 2002-2003. Social Welfare Fund (SWF), Sana'a 2002
- TURMUSANI, M.: Disabled People and Economic Needs in the Developing World: political perspective from Jordan. Ashgate, Aldershot 2003
- UN: Yemen Common Country Assessment: United Nations in Yemen. UN, Sana'a 2001
- WNC: National Report on the Implementation Level of the Convention on Elimination of All Forms of Discrimination Against Women. Women National Committee (WNC), Sana'a 1999
- World Bank: Yemen National Strategy for Children and Youth. Issue Paper, The World Bank, DC
- World Bank: Toward a virtuous circle: a nutrition review of the Middle East and North Africa. Human Development Group Middle East and North Africa Region, The World Bank, Washington, D.C. 1999
- YMAP (2003) Yemen Mine Action Program (YMAP), Sana'a 2003.

* Originalartikel veröffentlicht in: Disability World. A bi-monthly web-zine of international disability news and

views. Issue no. 26 December 2004 - February 2005
(http://www.disabilityworld.org/12-02_05/news/yemen.shtml)

Zusammenfassung: Die Studie gibt Einblicke in die Lebenssituation im Kontext von Armut von Menschen mit Behinderung im Yemen. Sie hebt die Bedeutung einer umfassenden partizipativen Strategie im Bereich Behinderung hervor, um ihre Rechte zu fördern und es wird argumentiert, dass ein partizipativer Forschungsansatz, wie er in dieser Studie angewandt wurde, die Zusammenarbeit zwischen teilnehmenden Partnern unterstützen kann und so als Träger für die Selbstbefähigung von Menschen mit Behinderung und ihren Organisationen und auch als Modell für eine zukünftige partizipative Strategie im Bereich Behinderung dient.

Résumé: Cette étude offre un premier coup d'œil sur la situation de personnes handicapées au Yémen, dans un contexte de pauvreté. L'étude met l'accent sur le besoin d'une stratégie participative complète visant à protéger et à favoriser les droits de personnes handicapées. De plus, l'étude appuie une approche participative de recherche pour faciliter le développement d'un partenariat entre les partenaires participants, servant ainsi de modèle d'habilitation de personnes handicapées et de leurs organismes, tout comme de modèle pour une future stratégie participative sur l'incapacité.

Resumen: El estudio da a conocer ideas sobre la situación de las Personas Discapacitadas en Yemen, dentro del contexto de pobreza. Se enfoca la necesidad de una estrategia amplia y participativa para proteger y promover los derechos de las Personas Discapacitadas. Se puede constatar que el enfoque de investigación participativo realizado en este estudio pueda facilitar el desarrollo de un concepto de compañía entre compañeros participando, que sirva como vehículo para el "Empowerment" de Personas Discapacitadas y sus organizaciones, así como también pueda representar un futuro modelo de participación.

Autor: Dr. Majid Turmusani ist Forscher und *policy planner*. Er hat in verschiedenen internationalen Behindertenprojekten in Jordanien, Yemen, Kosovo, Afghanistan, England und Kanada gearbeitet. Zu seinen letzten Veröffentlichungen gehören: *Disability Policy Development in Afghanistan: A Manual for Planners* (2006) und *Disabled People and Economic Needs in the Developing World: Political Perspective from Jordan* (2003). Er war seit Anfang 2003 in die Verhandlungen über die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung involviert und schrieb mehrere Artikel zu diesem Thema, bspw. *Genetic Technology and the UN Disability Convention* (DisabilityWorld Webzine, Dec 2004 - Feb 2005). Zu seinen Forschungsinteressen zählen interkulturelle Aspekte von Behinderung (einschließlich Evaluationsforschung), Armut und CBR sowie Menschenrechte von behinderten Menschen.
Anschrift: Turmusani@hotmail.com

Die Sozialpolitik im Bereich Rehabilitation für Menschen mit Behinderung in Algerien

Ohne den Anspruch auf eine vollständige Bilanz der Sozialpolitik, die von Algerien zugunsten von Menschen mit Behinderung empfohlen wird, ist – unserer Meinung nach – die Verkündung des Gesetzes vom 8. Mai 2002 über den Schutz und die Förderung von Menschen mit Behinderung gewiss das egalitärste Gesetz in Sachen Rehabilitation, soziale Eingliederung und berufliche Integration. Dieses Gesetz hat sicherlich den Verdienst, die Ansprüche der Menschen mit Behinderung gegenüber der Gesellschaft besser bekannt zu machen. Es verschafft einer lange angeprangerten, ignorierten und manchmal sogar verschwiegenen Wahrheit ihren Stellenwert.

Die Anerkennung der Rechte auf Rehabilitation der Menschen mit Behinderungen durch dieses Gesetz von 2002 ist eine starke Kraft der Veränderung sowohl für Betreuung, Schulbesuch, Ausbildung als auch für die berufliche Integration. Sie zwingt die Institutionen, sich anzupassen und sich zu organisieren, um den sozialen Bedürfnissen dieser Randgruppe der Bevölkerung besser entsprechen zu können. Aber die Begleitprogramme zur Rehabilitation von Menschen mit Behinderung sehen sich einer großen Diskrepanz zwischen dem Geist des Gesetzes und seiner Umsetzung gegenüber. Behinderung ist wieder mit der Klippe der Vorurteile, der Ignoranz oder der Gleichgültigkeit konfrontiert sowie der Stigmatisierung und der Ausgrenzung.

Wir möchten betonen, dass die Politik der sozialen Eingliederung oder Rehabilitation, die von Algerien zugunsten der Menschen mit Behinderung entwickelt wurde, sich nach und nach an den sozialen Kontext und an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst hat. Sie wurde durch drei aufeinander folgende Phasen geprägt:

Die erste Phase trat kurz nach der Unabhängigkeit hervor. Die algerische Gesellschaft, die sich in der Schuld der ehemaligen Muschahedin wähnte, führte eine Gesetzgebung zugunsten der Kriegsversehrten des nationalen Befreiungskriegs ein, die ihnen die Möglichkeiten, sich behandeln zu lassen, geben sollte sowie eine relative materielle Entschädigung für die erlittene Beeinträchtigung, und sie garantierte ihnen eine berufliche Wiedereingliederung.

Diese Gesetzgebung war – wie es Professor A. Benlatrèche (1993) unterstreicht – : „der erste Teil des juristischen Katalogs mit dem Ziel, einen Arbeitsplatz für Menschen zu gewährleisten, deren Fähigkeit, ihren

Lebensunterhalt durch eine Lohnarbeit zu verdienen, eingeschränkt ist. [...] Deshalb hat sich der algerische Gesetzgeber mit der Prävention, mit der funktionellen Rehabilitation und mit der beruflichen Ausbildung beschäftigt, um den behinderten Menschen den Zugang zu einem Arbeitsplatz zu erleichtern sowie zu den sozialen Vergünstigungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben“.

Während dieser Phase galt die Behinderung für die Familien als eine soziale Aufgabe, die integriert und als aktive Solidarität gegenüber den beeinträchtigten Menschen gelebt wurde. Die Betreuung behielt gemeinschaftlichen Charakter, indem die traditionelle Familie die behinderte Person integrierte und schützte, und ihr gleichzeitig die notwendige Zuneigung vermittelte.

Die zweite Phase folgte auf die beispiellose Landfluchtbewegung, die das Land in den siebziger Jahren erlebte. Diese Bewegung löste allmählich die erweiterte Familie auf, in der die von Behinderung betroffene Person Begleitung und Betreuung fand. Der Bedarf an spezialisierten Einrichtungen wurde offenkundig.

In den 80er-Jahren, die als *soziales Jahrzehnt* proklamiert wurden, begann die Entwicklung des Sozialsektors, insbesondere 1985 mit der Erhebung des Staatssekretariats für Soziales in den Rang eines Ministeriums. Der Staat fing an, sich für die Kinder mit besonderem pädagogischem Bedarf zu interessieren. Man erlebte die Schaffung eines Netzes spezialisierter Einrichtungen im ganzen Land (Schulen für junge Gehörlose (EJS), Schulen für junge Blinde (EJA), die sog. *medikopädagogische Einrichtungen* für geistig behinderte Kinder (CMPEIM) und *medikopädagogische Einrichtungen* für Körperbehinderte (CMPHM).

Der Schulbesuch der Kinder mit sensorischen Beeinträchtigungen in den spezialisierten Schulen (EJS und EJA) hat Vergangenheit in Algerien. Er wurde ab 1981 verstärkt (Internationales Jahr der Behinderten), ohne jedoch in allen *Wilayas* (Verwaltungsbezirken) verbreitet zu sein. Diese spezialisierten Schulen haben den Vorteil und das Verdienst, sonderpädagogische Praxismodelle in der Erziehung und Rehabilitation behinderter Kinder zu entwickeln.

Diese zweite Phase wurde durch eine Aufnahme in die spezialisierten Einrichtungen geprägt, deren Ziel die Rehabilitation und die soziale Eingliederung der Menschen mit Behinderung war. Aber sie neigte seit-

dem dazu, eine neue Form der Segregation zu schaffen und Barrieren zwischen dem Schulbesuch der ‚normalen‘ Kinder und dem der behinderten Kinder zu errichten. Das gehörlose Kind wird nämlich nur zusammen mit dem Kind, das dieselbe Behinderung hat, eingeschult und sozialisiert. Das blinde Kind kann in der Pause nur mit Kindern spielen, die dieselbe Behinderung haben. Das geistig behinderte Kind besucht nur die CMPEIM, die Schüler mit gemindertem Intelligenzquotient rekrutiert. Dieses Übermaß an Einrichtungen hat sich bewährt und gelangt an die Grenze seiner Ziele. Besteht nicht die Gefahr, wenn es fortgeführt wird, die behinderten Kinder auszugrenzen, indem man bei dem Vorhaben, sie zu integrieren, sie von der Gesellschaft trennt?

Die dritte Phase sieht die Verkündung des Gesetzes 2002 bezüglich des Schutzes und der Förderung der Menschen mit Behinderung vor, bezieht sich auf die sozialen Änderungen, die das Land erlebt, und den Emanzipationsgrad der Vereinsbewegung, um die Gesellschaft dazu zu verpflichten, das soziale Recht auf Unterschied zu respektieren, und um gleichzeitig die Voraussetzungen zu schaffen, die die soziale und berufliche Eingliederung fördern. Dieses ist zumindest der Geist dieses Gesetzes vom 8. Mai 2002, das erstrebt, die soziale und berufliche Integration der Menschen mit Behinderung zu fördern, indem es die Ansprüche der behinderten Menschen gegenüber der Gesellschaft und die Pflichten der Gesellschaft gegenüber dieser Bevölkerungsgruppe bekräftigt.

Artikel 2 bestimmt, dass: „der Schutz und die Förderung der Menschen mit Behinderung sich im Sinne des vorliegenden Gesetzes auf jede Person erstreckt, unabhängig ihres Alters oder ihres Geschlechts, die an einer oder an mehreren Behinderungen erblichen, angeborenen oder erworbenen Ursprungs leidet und die in der Ausübung einer oder mehrerer Grundaktivitäten des persönlichen und sozialen alltäglichen Lebens infolge einer Beeinträchtigung der geistigen und/oder motorischen und/oder organisch-sensoriellen Funktionen eingeschränkt ist.“

Artikel 3: Der Schutz und die Förderung von Menschen mit Behinderung setzen sich als Ziel:

- frühzeitig die Behinderung zu erkennen, ihr und ihren Komplikationen vorzubeugen;
- spezialisierte Behandlungen, die funktionelle Rehabilitation zu gewährleisten;
- Geräte, Zubehör und technische Hilfsmittel, die behinderte Menschen benötigen, sowie behinderungsspezifische Geräte und Instrumente zu gewährleisten und gegebenenfalls deren Ersatz zu garantieren;
- Schulpflicht und eine berufliche Ausbildung für die behinderten Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten;
- die Eingliederung und die Integration der behinderten Menschen auf sozialer und beruflicher Ebene zu gewährleisten, unter anderem durch die Schaffung von Arbeitsplätzen;
- ein Mindesteinkommen zu garantieren;
- die Voraussetzungen zu schaffen, die es den behinderten Menschen ermöglichen, am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzunehmen;
- die Voraussetzungen zu schaffen, die es ermöglichen, die behinderten Menschen zu fördern und ihre Persönlichkeit zu entfalten, unter anderem in Bezug auf Sport, Freizeit und Anpassung an die Umgebung;
- die Vereinsbewegung mit humanitärem und sozialem Charakter hinsichtlich des Schutzes und der Förderung der Menschen mit Behinderung zu unterstützen.

Schulische Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung in die Regelschule

Die Umsetzung dieses Integrationsrechts wird es den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, die bis jetzt in spezialisierte Einrichtungen (Schulen für junge Gehörlose und Schulen für junge Blinde) aufgenommen wurden, in die normalen Schulen des nationalen Schulwesens integriert zu werden. Dadurch gelangt auch ein Großteil der Jugendlichen, die in die CMPEIM aufgenommen werden, in die Strukturen der beruflichen Ausbildung.

Es ist unerlässlich, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die sowohl schulische als auch berufliche Integration nicht das Produkt einer punktuellen Aktion physischer Integration ist, das heißt „die Kinder mit spezifischen Bedürfnissen in normale Schulen zu integrieren, nur der Integration willen“.

Es ist gewiss ganz klar, dass die schulische Integration der Kinder mit Behinderung von nun an ein Recht und eine soziale Verpflichtung darstellt, die vom Gesetz garantiert wird, aber man sollte es verstehen, so viel wie möglich zu integrieren und so viel wie nötig auszusondern. Das bedeutet: Zuerst muss eine konvergente Politik zwischen den Kultusministern, der beruflichen Ausbildung und dem Ministerium für Arbeit und nationale Solidarität gewährleistet werden, die den spezifischen Bedürfnissen des in einer normalen Schule oder in einer Berufsausbildungseinrichtung integrierten behinderten Kindes entsprechen kann. Dann sollen die Kinder mit schweren Behinderungen entweder in spezialisierten Einrichtungen bleiben oder halbtags integriert werden.

Man muss die Bedingungen erfüllen, damit die schulische Integration nicht mehr punktuelle Aktionen, sondern die Umsetzung einer konvergenten Politik widerspiegelt, die dem behinderten Kind das Recht auf Aufnahme und auf Einschulung in den normalen Schulbetrieb garantiert.

Diese Integration ermöglicht eine bessere berufliche und soziale Eingliederung der behinderten Erwachsenen:

- sie bringt der Schule eine Bereicherung in ihren Zielen und Zwecken, indem sie sich mehr der Gesellschaft öffnet;
- sie begünstigt den Austausch und die gegenseitige Anerkennung des Andersseins;
- sie schafft günstige Voraussetzungen für bessere zwischenmenschliche und soziale Beziehungen und fördert Solidarität, Koexistenz, Toleranz und Respekt gegenüber dem Anderen in seiner Andersartigkeit, in einem Wort staatsbürgerliches Miteinander;
- sie Integration soll auch auf realen oder erwarteten Fähigkeiten des behinderten Kindes basieren;
- sie strebt an, seine persönliche und intellektuelle Entfaltung, die Entwicklung seiner Fähigkeiten und den Erwerb von Kenntnissen zu begünstigen.

Rehabilitation und berufliche Eingliederung

Es ist ganz klar, dass die Rehabilitation eines der entscheidenden Elemente der beruflichen Eingliederung sowie auch der sozialen Integration ist. Der Arbeitsplatz gibt dem Menschen mit Behinderung eine gewisse Unabhängigkeit und Rehabilitierung, wobei er ihn aus der *wirtschaftlichen Abhängigkeit* herausholt und ihm eine Einkommensquelle garantiert. Er ermöglicht es ihm, eine Rolle in der Gesellschaft einzunehmen, indem er einen Beitrag leistet, ohne sich als soziale Last zu fühlen. Eine bezahlte Arbeitsstelle zu haben, bedeutet wirklich eine soziale Anerkennung; dadurch wird es möglich, von einer regelrechten sozialen Behinderungskultur wegzukommen. Das Gesetz erstrebt die Eingliederung und die Integration der Menschen mit Behinderung auf sozialer und beruflicher Ebene durch die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Artikel 23 erwähnt, dass: „die Eingliederung und die Integration der behinderten Menschen durch die Ausübung einer geeigneten oder angepassten beruflichen Tätigkeit gewährleistet wird, die ihnen eine physische und wirtschaftliche Autonomie verschafft“.

Artikel 26: „Am Ende der Rehabilitationszeit ist der Arbeitgeber gehalten, jeden Arbeitnehmer oder Angestellten mit einer Behinderung, was auch ihre Ursache sein mag, wieder einzugliedern“.

Artikel 27: „Jeder Arbeitgeber soll mindestens 1 % der Arbeitsplätze Menschen mit Behinderung widmen, deren Arbeitsfähigkeit anerkannt ist. Andernfalls muss er einen finanziellen Beitrag leisten, der in einen speziellen Fonds zum Schutz und zur Förderung der Menschen mit Behinderung eingezahlt wird“.

Artikel 28: „Die Arbeitgeber, die Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung einschließlich der Ausrüstungen einrichten, kommen – je nach Fall – in den Genuss von Fördermaßnahmen gemäß der geltenden Gesetzgebung. Die Arbeitgeber können auch Zuschüsse im Rahmen der Vereinbarungen des Staats, der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung erhalten“.

Artikel 29: „Um die Arbeit zu fördern und die soziale und berufliche Integration und Eingliederung der Menschen mit Behinderung zu unterstützen, können Arbeitsorganisationsformen, die der Natur und dem Grad ihrer Behinderung sowie ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten angepasst sind, geschaffen werden, unter anderem durch die geschützten Werkstätten, die Heimarbeitszentren oder die Hilfseinrichtungen durch Arbeit.“

Was die berufliche Integration der Menschen mit Behinderung angeht, so bezieht dieser neue legislative Maßnahmenkatalog die sozialen und wirtschaftlichen Komponenten mit ein, aber diese entsprechen bei weitem noch nicht dem angestrebten Ziel des Gesetzgebers. Die soziale Bedeutung eines Arbeitsplatzes ist gewiss die notwendige Voraussetzung, um eine physische und wirtschaftliche Autonomie der behinderten Person zu gewährleisten. Der Arbeitsplatz wertet nicht nur die behinderte Person in den Augen ihres sozialen Umfeldes (Familie, Geschwister, Nachbarn und Arbeitskollegen) auf, sondern er garantiert auch die Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Die Stigmatisierung und die Vorurteile, die dieser Randgruppe der Bevölkerung anhaften, haben zur Folge, dass zahlreiche Menschen mit Behinderung, die arbeitswillig sind, keinen Arbeitsplatz finden und sich dann damit abfinden, ins soziale Abseits gedrängt zu werden, und bestenfalls *Sozialhilfeempfänger* zu werden.

Aufgrund einer Umfrage über das Ausmaß der beruflichen Integration der Menschen mit Behinderung in der *Wilaya* von Constantine haben wir versucht, in einigen öffentlichen und privaten Unternehmen, die direkt mit dem Arbeitsmarkt und mit dem Standpunkt der Entscheidungsträger verbundenen Faktoren zu analysieren, die die berufliche Eingliederung der Menschen mit Behinderung entweder unterstützen oder blockieren könnten.

Die ersten Schlussfolgerungen lassen erkennen,

dass die Einstellung in den Arbeitsbereichen nicht auf Grund der Motivationen des Einzelnen oder seiner beruflichen Fähigkeiten geschieht, sondern auf Grund seines Status. Der *Behindertenstatus* ist ein wesentlicher Grund zur Ablehnung. Die Arbeitsbereiche sind zu zögerlich, wenn es darum geht, Menschen mit Behinderung einzustellen. Die meisten Entscheidungsträger in den öffentlichen oder privaten Unternehmen:

- ignorieren oder kennen nicht die Situation und den legislativen Maßnahmenkatalog, der die Einstellung von Menschen mit Behinderung fördert. Insbesondere das Gesetz vom 8. Mai 2002 über den Schutz und die Förderung der von Menschen mit Behinderung;
- ignorieren oder kennen nicht die Realität dieser Randgruppe der Gesellschaft und die realen Probleme, die durch ihre Ausgrenzung entstehen;
- ignorieren oder kennen nicht das reale Können und die beruflichen Fähigkeiten einiger Menschen mit Behinderung.

Reflexartig lehnen sie die Bewerbung einer behinderten Person ab, auch wenn diese den Rentabilitätskriterien entspricht. Diese Ablehnung ist nur das Ergebnis der Stigmatisierung und der Vorurteile, die durch das soziale Image der Behinderung entstehen. Deshalb betonen wir, dass „man ignoriert und ablehnt, was man anprangert“. Dagegen schlagen sie vor, „die behinderte Person durch den Staat zu unterhalten“.

Die Chefs der Unternehmen, in denen wir unsere Umfrage gemacht haben, verwechseln übrigens sehr oft *Behinderung* und *Untauglichkeit*. Die Behinderung wird ‚pauschalisiert‘, das heißt, dass man nicht Behinderung von Untauglichkeit unterscheidet. „Man weiß, was der behinderte Mensch nicht machen kann, aber man ignoriert, was er machen kann“. Sie äußern auch die Furcht vor dem moralischen und juristischen Engagement, das die Einstellung eines behinderten Menschen bedeutet. Der Gedanke der negativen Auswirkung, die die Einstellung behinderter Arbeitnehmer auf die Produktionsqualität und -quantität haben kann, ist immer allgegenwärtig in den Aussagen der Chefs der Wirtschaftsunternehmen.

Sie betonen einerseits, dass die Arbeitswelt einen ausschließlich rentabilitätsorientierten Auftrag hat, sehen aber oft in der Behinderung nur die soziale Absicherung, die ihrer Meinung nach ausschließlich vom Staat und von den Eltern geleistet werden soll. Deshalb wird jeder arbeitssuchende Mensch mit Behinderung nur unter dem sozialen Aspekt betrachtet, während das Problem sowohl wirtschaftlicher, technischer als auch ergonomischer Natur ist.

Der barrierefreie Zugang und die baulichen Hindernisse

Das Gesetz versucht diese Ausgrenzungssituation zu beenden, indem es die Notwendigkeit betont, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Persönlichkeit zu entfalten, unter anderem in Bezug auf Sport, Freizeit und Umgebung. Es unterstreicht die Notwendigkeit, die Hindernisse zu verringern, die die Eingliederung und die Integration der Menschen mit Behinderung einschränken.

Artikel 30: „Um die Eingliederung und die Integration von Menschen mit Behinderung in das Sozialleben zu unterstützen, um ihre Mobilität zu erleichtern und ihre Lebensbedingungen und ihr Wohlbefinden zu verbessern, werden Vorkehrungen zur Beseitigung der Barrieren getroffen, die das Alltagsleben dieser Menschen beeinträchtigen, unter anderem bezüglich:

- der baulichen Standardisierung und der Raumgestaltung der Wohnungen, Schulen, Universitäten, Ausbildungsstätten, der Orte zur Erfüllung religiöser Pflichten, der Pflegeeinrichtungen und der Orte für Kultur- Sport- und Freizeitaktivitäten;
- des barrierefreien Zugangs zu Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind,
- des barrierefreien Zugangs zu den Verkehrsmitteln,
- des barrierefreien Zugangs zu den Kommunikations- und Informationsmitteln“.

Zwei Jahre nach Verkündung dieses Gesetzes sind die physischen und sozialen Barrieren vorhanden und erinnern uns an die Realität, dass der behinderte Mensch sich nach draußen begeben muss, um seinen Platz in der Gesellschaft zu finden. Die kollektiven Barrieren entstammen zuerst dem blinden Verhalten der Gesellschaft im allgemeinen. Die Gesellschaft ist von und für sogenannte ‚normale‘ Menschen geschaffen. Das Behindertengesetz wird im sozialen Umfeld nicht immer übernommen. Sowohl physische als auch soziale Hindernisse grenzen Menschen mit Behinderung derart aus, dass sie von ihrer Familie betreut werden müssen und sich in die Isolation und an den Rand der Gesellschaft zurückziehen.

Von sozialer Eingliederung und von beruflicher Integration der Menschen mit Behinderung zu sprechen, bedeutet doch nachzudenken und eine den besonderen Bevölkerungsgruppen angepasste Welt in Bezug auf ihre Mobilität und den barrierefreien Zugang zum Arbeitsplatz zu schaffen. Die Frage des barrierefreien Zugangs wird von der kollektiven Mentalität bestimmt. Kann man annehmen, dass eine Gesellschaft in ihrem Ganzen, in der nicht jeder von Behinderung indirekt oder direkt betroffen ist, besondere Zustän-

digkeiten entwickeln kann, um ihre Mobilität und ihren Zugang zu den baulichen und städtischen Plätzen zu erleichtern?

Man kann nie genug betonen, „dass eine körperliche Behinderung zum Vorschein kommt, wenn zwischen der Person und der Raumgestaltung keine Adäquatheit besteht; anders formuliert: die Architektur schafft die körperliche Behinderung oder hebt sie auf. Eine behinderte Person in einer barrierefreien Raumgestaltung ist eine gesunde Person; dagegen ist eine gesunde Person in einer nicht barrierefreien Raumgestaltung eine behinderte Person“. (L.P. GROSBOIS 1993: Körperliche Behinderung und Bauweise).

Diese Betrachtungsweise, nämlich die bauliche Barrierefreiheit hinsichtlich der besonderen Bevölkerungsgruppen, nähert sich der Sicht der WHO-Instanzen. WHO unterscheidet zwischen der Schädigung, das ein individuelles Merkmal mit funktionellen (auditiven, visuellen, motorischen, geistigen, usw.) Störungen ist, und der Behinderung, die eine soziale Folge der Schädigung oder der funktionellen Störung ist. Diese Auffassung, die in der Tat die Behinderung auf die Umgebung überträgt, ist sehr wichtig, denn sie lässt allen kollektiven oder privaten Institutionen die Verantwortung zukommen, dafür zu sorgen, dass die Aktivitäten, die sie organisieren, der größtmöglichen Anzahl von Menschen zugänglich sind.

In Algerien stellen wir für Menschen mit Behinderung einen großen Mangelzustand im Verkehrswesen und im Bereich der Zugänglichkeit fest. Die Städte, die zu schnell gebaut wurden, um die Wohnungsnot zu beseitigen, haben eine faktische Ausgrenzung der Menschen mit Behinderung zur Folge, die nicht mal die geeigneten Rampen oder Fahrspuren finden. Was die Wirtschaftsunternehmen angeht, so werden sie nach einem Schema errichtet, das vorrangig die wirtschaftliche Produktions- und Rentabilitätssphäre des alleinigen *homo oeconomicus* anvisiert zum Nachteil der anderen, nicht direkt rentablen Aspekte des Soziallebens. Es scheint, dass die Existenz von Menschen mit Behinderung gänzlich beiseite gelassen wird, obwohl die Gesellschaft die Verantwortung für deren berufliche Rehabilitation und Integration trägt. Die anderen Einrichtungen im Bereich Kultur, Sport und Freizeit stellen auch keine Ausnahme dar für die generelle Situation, dass die Stadtplanung mangelhaft ist.

Ali Kouadria

(Dieser Text wurde von Liliane Obreiter und Dominic Dinh aus dem Französischen übersetzt)

Literatur

CLASSIFICATION INTERNATIONALE DES HANDICAPAS: Déficiences, incapacités et désavantages, numéro

- hors série INRESM, CTNER,HI, Vanves 1993
 CTNRRHI PUF: Représentations des situations de handicaps et d'inadaptations, numéro hors série, Vanves 1988
 DESCHAMPS, J.P et coll.: L'enfant handicapé et l'école, Flammarion médecine- sciences, Tours 1981
 STIKERS, H.J.: Corps infirmes et sociétés, Aubier Montaigne, Paris 1979
 BENSMAIL, B.: Société traditionnelle, psychiatrie et culture, Revue Cahiers de la recherche scientifique, CURER 1980
 GROSBOIS, L.P.: Handicap physique et construction, conception et réalisation: Espaces urbains, bâtiments publics, habitations. Equipements matériels adaptés. Le MONITEUR, Paris 1993
 ROBIN, C.: Un condition et un agent fondamental de la réinsertion sociale et professionnelle des personnes handicapées: l'espace habitable architectural et urbain et son accessibilité, communication présentée à la 3^{ème} rencontre internationale «Processus d'intégration des personnes handicapées : réalités et perspectives» in Horizon éducation CNFPH, Constantine 1993
 VELCHE, D.: Les facteurs d'échecs et de réussite dans l'insertion professionnelle des personnes handicapées, communication présentée à la 3^{ème} rencontre internationale «Processus d'intégration des personnes handicapées: réalités et perspectives» in Horizon éducation CNFPH, Constantine 1993
 BENLATRÈCHE, A.: La réinsertion sociale des personnes handicapées: le dispositif législatif, communication présentée à la 3^{ème} rencontre internationale «Processus d'intégration des personnes handicapées : réalités et perspectives» in Horizon éducation CNFPH, Constantine 1993
 KOUADRIA, A.: La place de personne handicapée dans la société algérienne. Propositions pour son intégration socioprofessionnelle. Thèse de Doctorat d'état es lettres, en Sciences de l'Education, Université de Nice Sophia Antipolis 1994
 KOUADRIA, A.: Scolarisation et formation de l'enfant handicapé dans la société algérienne, in le Courrier de Suresnes n 66 1996/1
 KOUADRIA, A.: Représentations sociales du handicap et des handicapés, communication présentée aux journées d'études sur «les personnes handicapées : un problème de droit de l'homme» Observatoire National des Droits de l'homme, Alger, 16 et 17 mars 1996
 KOUADRIA, A.: Les actions de la politique sociale de l'Algérie en faveur des personnes handicapées, communication présentée à la 6^{ème} rencontre nationale «exclusion et travail social», in revue HORIZON EDUCATIF n10 CNFPH Constantine mai 1996
 KOUADRIA, A.: Représentations sociales du handicap et formation des travailleurs sociaux en Algérie, communication présentée au congrès mondial de l'AIEJ «Fon-

tions socio-éducatives dans un monde multiculturel»
Brescia 11 au 14 juin 1997, Italie

KOUADRIA, A.: Formation et métier de l'éducateur spécialisé du social, communication présentée à la rencontre Nationale «L'éducateur: identité, contraintes et perspectives». C.N.F.P.H 1 décembre 1997 Constantine

KOUADRIA, A.: L'intégration scolaire des enfants handi-

capés sensoriels à l'école ordinaire: enjeu d'une insertion sociale. in revue Horizon éducatif C.N.F.P.H Constantine le 29 et 30 avril 04

KOUADRIA, A.: La mère algérienne face à son enfant handicapé : regard sur l'ambivalence de ses attitudes, in revue sauvegarde de l'enfance, 2002. vol, 57, n 4 192-195, ed scientifiques et médicale, Paris

Community Based Services for Rehabilitation and Special Education

In Villages and Refugee camps throughout Jordan

Introduction

Jordan, Hashemite Kingdom, (Al Mamlakah al Urdunniyah al Hashimiyah), kingdom in south-western Asia, bounded on the North by Syria, on the East by Iraq and Saudi Arabia, on the South by Saudi Arabia and the Gulf of Aqaba and on the West by Israel and the West Bank, an area previously held by Jordan that has been occupied by Israel since 1967. The area of Jordan is 89,556 sq km (in comparison: Germany has 375,000 sq km). Amman is the capital and largest city in Jordan.

The population of Jordan (2004 estimate) is 5,611,202, yielding an average population density of 61 persons per sq km (159 per sq mi). It is almost entirely Arab. The only sizable racial minorities in the country are the Circassians and the Armenians; each group accounts for less than 1 percent of the population. Jordan is 79 percent urban; nomads and semi nomads make up perhaps 5 percent of the population.

Disability in Jordan

The rate and the causes of disability are not different in Jordan from the Arab and Muslim countries. The Jordanian society in general and the Palestinian camps in particular lived in closed communities. Besides the lack of health services and the low economic situation, the inter-related marriages played a significant role in the rise of disability rates. Even though the rate of disability ranges between 3 %-10 %, it could be more than this percentage in some places.

Situation of Palestinian refugees

There were only three Palestinian refugee camps in Jordan between 1948 and 1967. A huge number of Palestinians crossed the Jordan River towards the East Bank after the six-days war in 1967 and raised the number of Palestinian camps to eleven scattered in different places in Jordan.

The Palestinian refugees lived in hard conditions in temporary shanty houses and in closed communities, which contributed to the rise of the rate of disability.

In July 1994, Israeli Prime Minister Yitzhak Rabin and King Hussein of Jordan signed together a peace agreement ending 46 years of war and struggle between their countries. This initial agreement paved the way for a full peace treaty, signed in October 1994 on the Israeli-Jordanian border. The peace treaty reflected positive on the situation of Palestinians and Jordanians equally.

Due to that, the economic and social conditions of the Palestinians in the camps had improved. They constructed permanent houses, and the health and educational services were improved, which reflected on the development of the community-based services for the disabled people.

HISTORY of CBR in Jordan

In 1981-82, the *United Nations Relief and Works Agency for Palestine* (UNRWA) in cooperation with OXFAM-UK embarked on a Community-Based Rehabilitation Programme. At this time the *Holy Land Institute for the Deaf* became involved as a member of the steering committee.



Educational support for hearing impaired children



Faraj lecturing at a training course for volunteers from many CRCs

A Project Coordinator was appointed in 1983 and paid for by OXFAM, with UNRWA functioning as an administrative umbrella.

In about 1987, UNRWA created the post of Disability Programme Officer - Jordan, and some years later the other UNRWA fields (West Bank, Gaza, Syria, Lebanon) followed suit. The Disability Programme Officers are coordinated by the DPS-HQ (Disability Programme Specialist – UNRWA Headquarters).

The Community Rehabilitation Centres (CRCs) in the refugee camps were initiated and developed by the Coordinator and the Disability Programme Officers under the guidance of the steering committee. At the time, and until 1993, UNRWA was the sole administrator of these programmes, with funding mostly coming from international NGOs (Oxfam, Diakonia, US-Aid, MECC, etc).

In 1999 UNRWA devolved the CRCs, which became independent units, administered by Local Committees. It should be said that up till the present most of the CRCs function in a mostly responsible and financially quasi-viable manner.

Meanwhile, a similar but adapted model of service delivery was adopted by Jordanian village communities.

Other organisations, such as the *Ministries of Social Development and Health*, ADRA (*Seventh Day Adventists Development Aid*), Radda Barnen (*Swedish Save the Children Fund*) and others also initiated or participated in CBR programmes.

The Role of the Holy Land Institute for the Deaf (HLID)

The *Holy Land Institute for the Deaf* (HLID), established in 1964, provides kindergarten, primary and secondary education as well as vocational training for about 150 deaf students in the boarding school in Salt. In addition, services in audiology, earmoulds and hearing aids maintenance are available at low cost.

The HLID is a leading institution in sign language and curriculum development and teacher training throughout the Middle East. Apart from this, the HLID is committed to the many disabled individuals who live in areas where only limited, if any, services are provided by the government (e.g. Palestinian refugee camps and remote villages). HLID's Outreach department has responded to this need by initiating a local institutions network which co-ordinate the provision of care and services to disabled people in Community Based Rehabilitation and Special Education within their communities. HLID is particularly responsible for CBR for deaf people to achieve these aims:

- Identifying deaf and hearing-impaired children.
- Supporting the provision of appropriate community – based services for these children where none are available.
- Helping co-ordinate services for deaf and other disabled children within Palestinian refugee camps and rural villages within Jordan.
- Providing training for local volunteers in order to:
- Change community attitudes and behaviors towards disability.
- Increase the level of knowledge about contacting people with disabilities.
- Guarantee a reasonable technical level and quality of work.

The Role of UNRWA

UNRWA declared and published its policy on disability, addressing the issues of prevention, rehabilitation and equalization of opportunities.

UNRWA is committed to supporting the development of CBR programs in partnership with the local communities and local NGOs.

UNRWA responds to initiatives by the community to carry out a community – based program by:

- a. Providing or facilitating training.
- b. Assisting the community to raise funds.



Children at Husn CRC during a mathematic session

c. Monitoring the work within the community.

The Role of Local Committees

The financial, administrative and organisational responsibilities for the CRC programmes rest with Local Committees. The local CRC Committees are responsible for:

- a. Funding, through fund raising or through income generation.
- b. The proper running and management of the CRC's and the programmes.
- c. Various needs of the programmes, such as materials, equipments and transportation.
- d. Appointment of a Centre Supervisor as well as programme staff and volunteers.

The Networking Institutions

The HLID's outreach program works with deaf and hearing impaired individuals, but its staff are not qualified in other areas of disability and therefore can do little to help people with disabilities that are not related to hearing impairments.

In response to these needs, the HLID's outreach program initiated a network of local institutions that are specialized in different areas of disability.

The networking institutions are:

The *Holy Land Institute for the Deaf* (HLID) has been involved since 1982.

The *Al-Hussein Society for the Physically Disabled* (AHS) became involved in 1990.

The *eIDhia' Kindergarten for the Blind* (DHIA) started work in 1996.

The *Raja (Hope) Centre for Special Education* (of



Children from Marka CRC visiting HLID School: In the classroom with HLID children

mentally handicapped young people) started in 1998.

The *Low Vision Project/Jordan* became involved in 1999.

The *Palestine Hospital* became a partner in 2004, providing preventative and curative medical services and support.

The role of the networking institution is to provide advice, expertise and training to the CBR centres and local volunteers, and support locally generated activities in the field of Community – Based Rehabilitation and Special Education. Another key role that the institutions play is improving the level of awareness about the needs and rights of people with disabilities in local communities.

Br. Andrew L. de Carpentier

Fußball ohne Grenzen – Innovatives Projekt für Globales Lernen an Förderschulen und im Inklusiven/Gemeinsamen Unterricht

Hintergrund

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat für die Jahre 2005 bis 2014 die Weltdekade *Bildung für Nachhaltige Entwicklung* ausgerufen. Der Deutsche Bundestag brachte 2005 einen Aktionsplan zur UN-Weltdekade auf den Weg, dessen Hauptziel es ist, den Gedanken der Nachhaltigen Entwicklung, wie er schon der Agenda 21 zugrunde liegt, *in allen Bildungsbereichen* in Deutschland zu verankern. Die Schule wird darin als die zentrale Institution verstanden, die Einstellungen, Denkstile und Verhaltensweisen prägt.

Globales Lernen in der Schule ist nichts Neues. Schon die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz zur nachhaltigen Entwicklung aus dem Jahre 1997 beziehen sich auf alle Schulformen – auch auf Schulen mit behinderten Kindern und Jugendlichen. Zahlreiche Netzwerke und Informationsstellen aus unterschiedlichen Bildungsbereichen (Umweltschutz, Verbraucheraufklärung, Konsumkritik, Fairer Handel, Interkulturalität, etc.) stellen umfangreiches Material zu globalen Themen zur Verfügung und bieten weitere Dienstleistungen (z.B. Fortbildungen) an. Lehrer und Lehrerinnen sowie Fachinteressierte können auf eine breite Angebotspalette zurückgreifen. Allerdings werden nach den Stand unserer Information die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung bzw. die Bedürfnisse der Lehrer und Lehrerinnen an Förderschulen oder Schulen mit Inklusivem/Gemeinsamen Unterricht kaum berücksichtigt.

Das Projekt *Fußball ohne Grenzen. Faires Spiel – Fairer Handel*, initiiert und durchgeführt von bezev (Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.) und finanziell unterstützt von der NRW Stiftung für Umwelt und Entwicklung, konzentriert sich vor allem auf Globales Lernen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung an Förderschulen und im Inklusiven/Gemeinsamen Unterricht. Ziel ist es, mit didaktischen Ideen und methodischen Vorschlägen Lehrerinnen und Lehrern eine Möglichkeit zu geben, Unterricht zu globalen Fragestellungen zu gestalten, der von den Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler ausgeht. Das Projekt beinhaltet ein Handbuch mit CD-Rom, Materialkiste, Lehrerfortbildungen sowie einen Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche. Die breite Öffentlichkeit erreichte das Projekt über Aktionen und die Website sowie mit Vorträgen auf interna-

tionalen Veranstaltungen. Abgerundet wurde diese Öffentlichkeitsarbeit durch die Kooperation mit Akteuren bei der *INAS-FID-WM der Menschen mit Behinderung*. Informations- und Verkaufsstände von Eine-Welt-Gruppen in den Spielstätten konnten das Thema Fairer Handel und Fußball an die Sportbegeisterten in den Stadien herantragen. Wenn auch bei den WM-Spielen selbst keine fair gehandelten Bälle zum Einsatz kamen, waren sie zumindest am *Rande des Spielfelds* zu sehen.

Unterrichtsmaterial: Handbuch mit CD-Rom

Die Unterrichtsmaterialien sind für den Einsatz in Förderschulen sowie im Gemeinsamen Unterricht ab Sekundarstufe 1 geeignet. Außerdem werden sie für den Einsatz in den Klassen 5 und 6 der Regelschulen empfohlen. Die Materialien haben den Anspruch, den verschiedenen Ausgangssituationen in den Schulklassen entgegen zu kommen.

Das Handbuch bietet konkrete Unterrichtsvorschläge zu acht ausgewählten Themen rund um den Fußball und seine Herstellung. Zunächst erhält die Lehrerin oder der Lehrer eine kurze Sachinformation zu jeder thematischen Einheit. Im Anschluss finden sich didaktische Überlegungen, danach folgen methodische Vorschläge unter Berücksichtigung der Förderschwerpunkte Sehen, Hören und Kommunikation, Lernen und geistige Entwicklung. Die einzelnen Produktionsschritte beim Thema *Wie entsteht ein Fußball?* können beispielsweise wie folgt vermittelt werden:

- in Braille-Schrift
- als Audiomaterial
- mit Texten in einfacher Sprache
- über Bilder
- mit Arbeitsblättern (vorbereitet bzw. auch flexibel gestaltbar)

Die CD-Rom hält diese Materialien in einer Form bereit, die es der Lehrerin/dem Lehrer ermöglicht, die thematischen Einheiten so zu konzipieren, wie es dem Lern- und Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler entspricht. Ziel ist, dem Lehrenden Materialien an die Hand zu geben, die er oder sie praxisnah und ohne großen Aufwand in seinem Unterricht einsetzen kann.

Materialkiste

Die Materialkiste ergänzt das Handbuch und die CD-Rom. Die Kiste beinhaltet unter anderem eine Reliefweltkarte, auf der blinde Kinder den Weg eines Fußballs nachfühlen können. Die Materialkisten stehen an acht verschiedenen Orten in NRW (Aachen, Bielefeld, Bonn, Düsseldorf, Herne, Krefeld, Münster, Siegen). Die Adressen dieser Verleihstellen einschließlich der Ausleihkonditionen und Öffnungszeiten sind auf der Website www.fussball-ohne-grenzen.org zu finden.

Lehrerfortbildungen

Um Lehrerinnen und Lehrern Hilfestellung zu geben, sich an ein neues Thema heranzuwagen und selbst in der Schule umzusetzen, bot *bezev* im Rahmen des Projekts schulexterne und -interne Lehrerfortbildungen an. Insgesamt fanden bisher an verschiedenen Orten in NRW sieben Fortbildungen zum Thema statt. Die Workshops dauerten durchschnittlich drei Stunden und bestanden aus einem theoretischen Einführungsteil und praxisorientierter Gruppenarbeit. Die Rückmeldungen zu diesen Fortbildungen waren überwiegend positiv. Das Projekt deckt demnach einen bestehenden Bedarf an solchen Weiterbildungsmöglichkeiten. Im Unterschied zu einem Ansatz, bei dem externe Experten und Expertinnen in die Schulen gehen, wird durch die Lehrerfortbildungen auf stärkere Nachhaltigkeit gesetzt: Das Wissen zum Thema bleibt in der Schule, kann wiederholt eingesetzt und auch an das Kollegium weitergegeben werden.

Ideenwettbewerb

Der Ideenwettbewerb wurde im zweiten Schulhalbjahr 2006 durchgeführt und sollte Kinder und Jugendliche animieren, selbst aktiv bei der Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft unserer Gesellschaft mitzuwirken sowie dazu anregen, das Gelernte in eine konkrete Aktion umzusetzen. Die Wettbewerbsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus Förderschulen und Schulen mit Inklusivem/Gemeinsamem Unterricht in NRW sollten erarbeiten, wie sie die Idee einer gerechten und nachhaltigen Entwicklung in ihrer Umgebung einbringen können. Die Ergebnisse dieses Wettbewerbs sind auf der Website zu finden.

Öffentlichkeitsarbeit

Fußball war in diesem Jahr ein Thema, das die Menschen ständig begleitete. Auch entwicklungspolitische

Fachkreise griffen das Thema auf. Das VENRO-Projekt *Entwicklung und Sport* veranstaltete im Mai eine Fachtagung und im Juni eine europäische Summer School zur Frage, wie Sport und entwicklungspolitische Problemlagen miteinander verknüpft sind und wie das öffentliche Interesse dafür geweckt werden kann. *bezev* stellte das Projekt *Fußball ohne Grenzen* bei der VENRO-Summer School in Bonn vor und war das einzige europäische Projekt, das entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Materialien für Menschen mit Behinderung leistet. Vor allem bei den europäischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern stieß dieses auf positive Resonanz.

Die Verbindung von Fußball mit der Thematik Entwicklung und Behinderung blieb (und bleibt) trotz WM schwierig über die Medien und in der breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Da die Spiele der *INAS-FID* auch im Ruhrgebiet und besonders das Kleine Finale in Essen ausgetragen wurden, konzentrierte das Projekt seine Aktionen im Zeitraum August/September verstärkt auf den Raum Essen: Neben der Ausstellung *ballkünstler: künstlerball* wurden Torwandschießen und ein Infostand, sowie eine Fußballnäh- und Malaktion für und mit Kindern angeboten. Auch hier gelang die Kooperation mit anderen Organisationen wie z.B. der Galeria Kaufhof, dem Kunstverein Gelsenkirchen, dem INAS-FID-WM-Büro Essen, dem Eine Welt Forum Essen und der *fair play: fair life*-Kampagne. Insbesondere durch die Präsenz des Projektes beim Spiel um Platz drei zwischen Südafrika und Deutschland in Essen konnte im Zuge der Preisverleihung eine große Öffentlichkeit erreicht werden.

Die Website www.fussball-ohne-grenzen.org spielte und spielt bei der Öffentlichkeitsarbeit eine tragende Rolle. Sie dokumentiert die Elemente des Projekts: Informationen zu den Unterrichtsmaterialien, Gewinner des Ideenwettbewerbs, Bildmaterial und Mitteilungen zu den Aktionen. Die Website soll in den folgenden Monaten erweitert werden und dann Informationen zum Globalen Lernen für Menschen mit Behinderung enthalten. Lehrer und Lehrerinnen, die Materialien für diese Zielgruppe suchen oder gar selbst erarbeitet haben, können die Website über das Thema Fußball hinaus zur Information und zum Austausch nutzen. Des Weiteren erstellt *bezev* in Kooperation mit *MIEZAG Uni Dortmund* eine Übersicht über Projekte des Fairen Handels an denen Menschen mit Behinderung beteiligt sind.

Fazit und Ausblick

Fußball ohne Grenzen ist ein innovatives Projekt, das vor dem Hintergrund der Weltdekade *Bildung für*

Nachhaltige Entwicklung Kinder und Jugendliche an Förderschulen und im Inklusiven/Gemeinsamen Unterricht in den Blick nimmt. Bildungsmaterialien für Globales Lernen für Menschen mit Behinderung sind nach unserem Informationsstand in Deutschland einmalig. Die Website kann hier in den kommenden Jah-

ren vielleicht eine Lücke schließen, wenn sie als Informationspool für Materialien zum Thema Globales Lernen für Menschen mit Behinderung von Lehrern und Lehrerinnen und anderen Fachinteressierten genutzt und ständig erweitert wird.

Stéphanie Fritz

News

Nur 1-2 % der weltweit 600 Mio. Menschen mit Behinderung werden adäquat betreut

Von BMZ und BMAS entwickeltes Politikpapier weist neue Wege

In Berlin präsentierten heute Karin Kortmann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesentwicklungsministerium und Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im BMAS das von beiden Ministerien entwickelte Politikpapier *Behinderung und Entwicklung*.

Kortmann unterstrich die Bedeutung des Themas für die Armutsbekämpfung: "Die Millennium-Entwicklungsziele sind nur dann zu erreichen, wenn die Belange und Rechte von besonders benachteiligten Gruppen, wie etwa Menschen mit Behinderungen, in der Entwicklungszusammenarbeit endlich stärker berücksichtigt werden. Hierbei geht es nicht um freiwillige soziale Leistungen sondern um die Verwirklichung eines Menschenrechts."

Thönnies erklärte: "Es ist sehr erfreulich, dass Menschen mit Behinderungen weltweit zunehmend als Personen angesehen werden, die gleichwertig am politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Das spiegelt sich auch in der Konvention der Vereinten Nationen zur Förderung und zum Schutz von Behinderten wider. Mit Beteiligung der deutschen Delegation haben die Mitgliedsstaaten der Konvention die Arbeit daran am 25. August abgeschlossen und noch in diesem Monat soll sie der UN-Generalversammlung zur Annahme vorgelegt werden".

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen leben weltweit über 600 Millionen Menschen mit Behinderungen, davon rund 70 % in Entwicklungsländern. Behinderung ist gleichzeitig Ursache und Konsequenz von Armut: Menschen mit Behinderungen haben schlechteren Zugang zu Schulausbildung und Erwerbstätigkeit, sie sind sozial schlechter abgesichert und häufig von gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen. Dies erhöht ihr

Risiko, in Armut zu fallen. Auf der anderen Seite sind arme Menschen eher von Behinderungen betroffen, da sie oft nicht in der Lage sind, sich und ihre Angehörigen ausreichend zu ernähren, im Krankheitsfall für Behandlungen aufzukommen und sich gegen soziale Risiken oder Naturkatastrophen abzusichern. Die WHO geht davon aus, dass gegenwärtig nur 1-2 % der Menschen mit Behinderungen in Entwicklungsländern Zugang zu angemessenen Unterstützungsleistungen haben.

In dem gemeinsamen Politikpapier werden neue Leitlinien für die besondere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderungen in der Entwicklungszusammenarbeit entworfen.

Downloads: <http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=175894.html>

Quelle: Pressemitteilung des BMZ und BMAS vom 7.12.2006

Ratification Toolkit - International Convention on the Rights of Persons with Disabilities

Disabled Peoples' International (DPI) commitment to the Convention development process

At its Sixth World Assembly in Sapporo, Japan (Sapporo Declaration), and at other regional and national meetings, DPI members have committed to fully supporting the ongoing work to draft a new UN human rights Convention for persons with disabilities. To this end, DPI members have been active at all stages of the drafting negotiations at the UN: attending all meetings at the UN; participating in drafting and policy paper initiatives; holding consultations in our countries and regions; and helping to provide a cross-disability perspective through the sharing of the lived experiences of our members from around the world. As the negotiations draw to a close, the time has come for us to examine how we can next contribute to the successful implementation of the

Convention, and, as our first priority, how we can work to encourage every country to join the new Convention on the Human Rights of Persons with Disabilities!

To help get DPI members directly involved in this exciting work, this *Ratification Toolkit* has been designed as an interactive resource guide, providing information to help DPI members:

- Learn about the Convention – its background and why we need it.
- Learn about ratification – what it is and why we need countries to do it.
- Learn how to design successful ratification campaigns in DPI countries and regions.

You will find a variety of resources to help you plan and implement your own ratification campaigns:

- Background information – explaining important concepts and giving historical perspective
- A glossary – providing definitions of terms.
- Exercises – to help you and your organization understand and apply the concepts discussed in the Toolkit.
- Documents – we have gathered many of the important reference documents here, so that you have easy access to them.

Information: <http://www.icrpd.net/en/toolkit/index.html>

Making Real Progress: Mainstreaming People with Disabilities

Promoting inclusion of the need and concerns of people with disabilities into mainstream social and economic development programs is a difficult task. For several years VNAH (*Vietnam Assistance to the Handicapped*) has encouraged and assisted the Vietnamese government to press forward on the issue – yielding significant results in recent months. For the first time, the needs of Vietnamese with disabilities are being addressed in the national poverty reduction program (from 2006-2010) as one of the top priorities in the development agenda of Vietnam, which plans to invest US\$2.8 billion. The program has formally incorporated the needs and interests of people with disabilities, particularly in areas related to education, health care and micro-credit. In addition, for the first time, the responsible ministries have joined forces to develop a multi-sector, multi-year disability program dedicated to improving the living situations of people with disabilities. The *National Action Plan on Disability* (NAP) seeks to institutionalize disability issues and strongly supports the creation of a funding program in the amount of VND412 billion (US\$26 million) from government and other donors for disability programs. This will pave the way for local governments to set up funding in their annual budgets for programs that serve people with disabilities at the provincial level. The

NAP will also set goals, objectives and guidelines for local policy makers, planners and other stakeholders to design programs for people with disabilities. Mainstreaming is also progressing significantly on other fronts. Earlier this year, the final draft of the *Vocational Law* included a chapter with several provisions on people with disabilities. This process was impacted directly by inputs from VNAH and the disability community. In addition, the *Statistics Office* of Vietnam has considered plans to include disability statistics in the upcoming national survey on living standards (VLSS), again a development shaped by advocacy and support from NCCD, VNAH, MCNV, the World Bank and others. The survey, which takes place every two years, will adopt international standards on classifications of disabilities, and is expected to provide improved, comprehensive data on disabilities.

Quelle: Viet-Nam Assistance for the Handicapped and Health Education Volunteers.

Internet: <http://www.vnah-hev.org>,

E-Mail: vnah1@aol.com,

Link: <http://www.pd-go.com/files/upload-12661.pdf>

Konferenz zum Thema Inklusion und Sonderpädagogik in Islamabad (Pakistan)

Vom 31.08. bis zum 02.09.06 fand in Islamabad (Pakistan) eine nationale Konferenz zum Thema Inklusion und Sonderpädagogik statt, organisiert von *Pakistan Disabled Foundation* (PDF) mit Unterstützung des Privatsektors sowie von IDP Norwegen und EENET Asien. Insbesondere die Mitglieder innerhalb der Behindertenorganisationen wurden auf das Ziel einer inklusiven *Bildung für Alle* bis zum Jahr 2015 aufmerksam gemacht. Als ein Konferenzergebnis wurden 33 Empfehlungen verabschiedet, die der pakistanischen Regierung vorgelegt werden:

1. Bildung für alle Kinder, mit und ohne Behinderung, soll in Verantwortung des Erziehungsministeriums stehen.
2. Alle Schulen in Pakistan sollen sich in Richtung inklusiver Erziehung orientieren und sich mehr an den Bedürfnissen aller Kinder orientieren.
3. Alle Kinder mit und ohne Behinderungen sollten gleichen Zugang zu Inklusiver Bildung bekommen und gemeinsam in der gleichen Schule und im gleichen Klassenraum unterrichtet werden.
4. Schulen sollen gleichermaßen die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung überprüfen.
5. Alle Schulen sollen zugänglich in räumlicher, finanzieller und sozialer Hinsicht gemacht werden für die

- Kinder mit unterschiedlichem Hintergrund, Bedürfnissen, Fähigkeiten und Beeinträchtigungen.
6. Alle Kinder sollten gleichen Zugang zu Büchern und Lernmaterialien haben, die, auf ihre Bedürfnisse angepasst, entweder in Großschrift oder in Braille vorhanden sind.
 7. Alle Kinder, die auf Lernhindernisse stoßen, sollen Zugang zu individueller Förderung bekommen, damit sie ihre Rechte und Pflichten als pakistanische Bürger verwirklichen können.
 8. Lehrpläne, Lernstandserhebungen und Prüfungen sollten die Kinder inspirieren und nicht zur Barriere für das Lernen, die Entwicklung und Partizipation werden.
 9. Alle LehrerInnen in Regelschulen und in der sonderpädagogischen Förderung sollten ausgebildet werden, Kinder mit den unterschiedlichsten Bedürfnissen, Fähigkeiten und Beeinträchtigungen in Gemeinschaftsschulen zu unterrichten.
 10. Alle Programme der staatlichen, nicht-staatlichen und internationalen Geldgeber sollten so koordiniert sein, dass sie das Ziel der *Bildung für Alle* bis zum Jahr 2015 fördern.
- Quelle: www.idp-europe.org/pakistan/pdf0806/

Disability and Early Tsunami Relief Efforts in India, Indonesia and Thailand and Regional Report on Asia

Center for International Rehabilitation reports

In September 2005, the U.S. based Center for International Rehabilitation (CIR) released an overview of Disability and Early Tsunami Relief Efforts in India, Indonesia and Thailand. The report, a joint project of the CIR and the UN Special Rapporteur on Disability, evaluated the availability and accessibility of critical services for people with disabilities during the phases of relief and reconstruction after the December 2004 tsunami and examined how governments, international relief organizations and local disability organizations responded to the needs of people with disabilities in the aftermath of the tsunami.

In August 2005, CIR released its second International Disability Rights Monitor Regional Report, IDRM: Regional Report on Asia. The report was presented to the United Nations in August 2005 during the 6th meeting of the Ad Hoc Committee on the proposed international convention on the rights of people with disabilities. Compiled over the course of 12 months, the Regional Report of Asia found that of the seven countries examined, in general Japan and China are the most inclusive for people with disabilities, while India and Cambodia

are the least inclusive. Findings included: the majority of the countries covered have comprehensive disability laws and policies designed to improve the status of people of with disabilities, but people with disabilities still face exclusion on a daily basis; none of the countries were found to provide adequate basic protections in all of the categories measuring the actual implementation of disability rights; and the areas of accessibility, education and employment showed the greatest disparity between rights and reality.

Produced in partnership with Disabled Peoples International, the report includes country reports on Cambodia, China, India, Japan, the Philippines, Thailand and Vietnam. IDRM regional reports are compiled by local IDRM researchers in each of the countries evaluated and focus on key areas such as legal protections, education and employment, accessibility, and health and housing services for people with disabilities. Regional reports also include a report card that compares the progress made by countries across each region. For more information, visit <http://www.cirnetwork.org/idrm/index.cfm>.

Quelle: http://www.disabilityworld.org/12-01_06/resources.shtml

„Die Zahl der Opfer steigt - ...“

Die *Internationale Kampagne für ein Verbot von Landminen* (ICBL), zu der Handicap International als Gründungsorganisation gehört, legte am 12. September den Vereinten Nationen den Landmine Monitor 2006 vor, den Bericht des Minenobservatoriums Für eine Welt ohne Minen (dieses Observatorium informiert über die Minenproblematik weltweit und beobachtet die Umsetzung und Einhaltung des Minen-Verbotsvertrages von Ottawa 1997). Laut des Berichts ist im Jahr 2005 die Zahl der Minenopfer im Vergleich zum Vorjahr um 11 % gestiegen. Die Finanzmittel, die für den Kampf gegen Landminen bereitgestellt werden, sinken wiederum zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Ottawavertrags (im Jahr 2005 wurden 23 Mio. \$ weniger bereitgestellt als 2004).

2005 wurden 7.328 Minenunfälle offiziell registriert. Dies entspricht erfahrungsgemäß höchstens der Hälfte der realen Opfer. Über 80 % der Opfer sind Zivilisten. Der Anstieg lässt sich vor allem zurückführen auf die bewaffneten Konflikte in Burma, Indien, Pakistan, Nepal und Kolumbien – aus diesen Ländern wurden die höchsten Opferzahlen übermittelt.

Bis heute haben insgesamt über 400.000 Menschen Minenunfälle schwer verletzt überlebt und meist lebenslange *Behinderungen* behalten. Viele dieser Opfer müssen immer noch *ohne jegliche Unterstützung* auskommen.

Die internationale Finanzierung für Opferhilfe, Ent-

minung, Sensibilisierung usw. sind jedoch 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 23 Mio. \$ gesunken. Es standen 376 Mio. \$ zur Verfügung, wobei sowohl die Europäische Kommission als auch die Vereinigten Staaten ihre Beiträge senkten. Deutschland stellte 16,63 Mio. € zur Verfügung – im Vergleich zu 19,505 € im Vorjahr.

Zum 1. Juli 2006 waren 151 Staaten Mitglieder des Vertrags von Ottawa für ein Verbot von Anti-Personen-Minen und drei weitere hatten gerade unterzeichnet. Im Jahr 2005 traten Haiti, die Cook-Inseln, Brunei und die Ukraine (früher das Land mit dem viertgrößten Bestand an Anti-Personen-Minen weltweit) dem Vertrag bei. Viele Länder, die immer noch Anti-Personen-Minen herstellen oder verwenden, weigern sich, dem Vertrag beizutreten: Burma, China, Indien, Pakistan und Russland haben noch nicht unterzeichnet. Die Vereinigten Staaten, die finanziell am meisten zum Kampf gegen Minen beitragen, weigern sich, den Vertrag zu unterzeichnen, obwohl sie momentan weder Anti-Personen-Minen herstellen noch verwenden.

13 Länder produzieren aktuell Anti-Personen-Minen, bzw. möchten sich das Recht auf eine mögliche zukünftige Produktion nicht nehmen lassen: Burma, China, Kuba, Indien, der Iran, Nordkorea, Südkorea, Nepal, Pakistan, Russland, Singapur, die USA und Vietnam. Im Jahr 2005 haben mindestens drei Länder Anti-Personen-Minen verwendet: Nepal, Russland und Burma. Bewaffnete Rebellengruppen haben mindestens in 10 Ländern Anti-Personen-Minen eingesetzt. Einige bewaffnete Gruppen allerdings haben sich auch dafür ausgesprochen, keine Anti-Personen-Minen mehr zu verwenden. Darunter die Front Polisario in der Westsahara und die Arbeiterpartei in Kurdistan.

Ein positiver Aspekt des Berichts: Das Jahr 2005 war geprägt von beispiellosen Bemühungen zur Entminung. Mehr als 740 km² (eine Fläche so groß wie die Stadt New York) wurden entminet. Von 2000 bis 2005 wurde insgesamt eine Fläche von 1.840 km² von Minen befreit. Mehr als 470.000 Anti-Personen-Minen und mehr als

3.750.000 explosive Überreste von Kriegen wurden geräumt und zerstört. Dennoch sind immer noch zahllose Gebiete in mindestens 78 Ländern und 7 Territorien von Minen verseucht.

Der Landmine Monitor 2006 ist in englischer Sprache abrufbar unter www.icbl.org/lm/2006.

Quelle: http://www.handicap-international.de/landminen/monitor_2006.html

Projekt Internationale Freiwilligendienste für unterschiedliche Lebensphasen

Im Juni 2005 wurde das Modellprojekt IFL gestartet. Es ist eines von rund 50 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Projekten, die neue Formen des freiwilligen Engagements für alle Altersgruppen entwickeln und ausbauen wollen.

Kernstück des IFL ist der Gedanke des generationsübergreifenden und interkulturellen Lernens. Dieser neue Freiwilligendienst will Grenzen überwinden: zwischen Jung und Alt, Nord und Süd, zwischen Nationen, Religionen und Kulturen.

Hierfür haben sich eine Reihe etablierter Freiwilligenorganisationen, Entwicklungsdienste und Verbände zusammengeschlossen, die das Projekt gemeinsam durchführen. Koordinierende Stelle ist der Arbeitskreis "Lernen und Helfen in Übersee" (AKLHÜ).

Der IFL bietet viele interessante und sehr unterschiedliche Tätigkeiten auf der ganzen Welt an: Bildungsarbeit in China, die Betreuung HIV-positiver Kinder in Brasilien, Einsätze gegen Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien und vieles mehr. Gemeinsam begegnen sich hier Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen, setzen sich für die Gemeinschaft ein und lernen dabei miteinander und voneinander. (IFL)

Internet: www.internationale-freiwilligendienste.org

Literatur & Medien

Sally, Hartley (Hrsg.)

CBR as part of community development. A poverty reduction strategy

London 2006

Contents: 1. Community-based Rehabilitation Africa Network (CAN) 2. CBR as part of community development and poverty reduction. 3. CBR as part of social, cultural and political development. 4. CBR and economic empowerment of persons with disabilities. 5. Community-based rehabilitation as part of inclusive education and development. 6. CBR as part of community health development. 7. HIV and AIDS, and disability. 8. International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF) and CBR. 9. CBR research as part of community development. 10. Information sharing and community-based rehabilitation. 11. The Malawi directory of disability organisations.

Information: http://www.asksource.info/pdf/35227_cbraspart.htm

Download: http://www.asksource.info/cbr-book/cbraspart_book.pdf

Bezug über: <http://www.talcuk.org/catalog/>

Kassah, Alexander Kwesi

What Is This Strategy Called CBR?

2006, Verlag: PublishAmerica, ISBN: 1413795617

CBR or Community Based Rehabilitation is a strategy developed by the World Health Organization as an antidote to the expensive and inadequate rehabilitation services available to disabled people the world over. According to Helander, CBR programs are designed especially to take care of disabled people in rural communities. Situating a CBR program in the city of Accra, where the ideals of community are difficult to live up to, the expectations of members remain unmet and issues like location and control are left unresolved, seems to make the CBR program prone to many challenges. Person-centered or individualized plans are suggested as a way of sustaining CBR programs.

Watermayer, B./Swartz, L./Lorenzo T./Schneider, M./Priestley, M. (eds.)

Disability and social change: A South African agenda 2006, Verlag: Human Sciences Research, ISBN: 0796921377

This powerful volume represents the broadest engagement with disability issues in South Africa yet. Themes include theoretical approaches to and representations of disability, governmental and civil society responses to disability, aspects of education as these pertain to the oppression/liberation of disabled people, social security for disabled people, the complex politics permeating service provision relationships, and consideration of disability in relation to human spaces - physical, economic and philosophical.

Information: http://www.hsrapress.ac.za/full_title_info.asp?id=2151

Download: http://www.hsrapress.ac.za/download.asp?filename=001%20-%20disability_social_change~952006104737AM.pdf

UNESCO Asia and Pacific Regional Bureau for Education

Positive discipline in the inclusive, learning-friendly classroom: a guide for teachers and teacher educators Bangkok 2006, ISBN 92-9223-086-7

UNESCO promotes inclusive, learning-friendly schools and classrooms. Students who actively and enjoyably participate in classroom learning have fewer disciplinary problems. For this reason, UNESCO's Asia-Pacific Regional Bureau for Education offers this guide as part of its larger publication on *Embracing Diversity: A Toolkit for Creating Inclusive, Learning-Friendly Environment* (ILFE Toolkit) as a specialized booklet. The guide focuses on abolishing corporal punishment in schools by using positive discipline as an alternative. It presents positive discipline tools that are concrete alternatives to such punishment practices as caning, spanking, pinching, threatening, pleading, bribing, yelling, commanding, name-calling, forced labour, and other even more humiliating actions. An essential tool for teachers and teacher educators!

Bezug: www.unescobkk.org/ie

Hauschild, Alexander Thomas/Magnussønn Watterdal, Terje (Eds.)

Compendium: Agreements, Laws and Regulations Guaranteeing All Children Equal Right to Quality Education in an Inclusive Setting

Jakarta, ISBN: 979-15007-1-1

The Compendium is a collection of short versions and excerpts from relevant Indonesian laws, regulations, conventions, declarations and recommendations. The Compendium will be a tool to increase awareness among key stakeholders about their legal and moral responsibilities to ensure that ALL children have equal access to quality education - A right based approach to education. The Compendium is available in English and Bahasa Indonesia.

Bezug: <http://www.idp-europe.org/indonesia/compendium/index.php>

Ondoua, Abah Gabriel (Ed.)

White paper on the condition of disabled persons in Cameroon

Yaounde 2002, Presses Universitaires d'Afrique, 67 p., ISBN: 2912086612

This document intends to expose the gravity of the situation of people with disabilities in Cameroon. It provides an analysis of some of problems faced by PWD, including: insufficient school integration; lack of working opportunities; socio-economic marginalisation; inaccessibility of public and private infrastructure, and transport service in particular; exclusion from political activities. Chapter two discusses a number of potential solutions, emphasising the need to develop the capacity of disabled people's organisations and to engage more actively in campaigns of sensitisation and information. This booklet is primarily aimed at policy makers and organisations working in Cameroon, but some of the suggestions can be easily adapted and applied to similar contexts.

International and Comparative Disability Law Web Resources

Disability law has become an international human rights issue. In addition to the United Nations, some regions of the world, as well as individual countries have developed disability rights laws in recent years. These laws differ in their approach, scope, and content. But they all share a commitment to advance the human rights of people with disabilities. Developed to assist researchers and to pro-

mote the international work of Syracuse University College of Law's new Disability Law and Policy Program, the website is one of the first *comprehensive bibliographic resources devoted to international and comparative disability laws*. The site is currently organized under three broad categories: international disability laws, regional disability laws, and individual countries' disability laws. These divisions are subdivided into smaller categories, under which annotations, primary documents, and links to additional resources may be found. The contents of this website may be browsed and searched using keywords.

Link: <http://www.law.syr.edu/lawlibrary/electronic/humanrights.asp>

Deutsches Institut für Menschenrechte

Das Menschenrecht auf Bildung und der Schutz vor Diskriminierung. Exklusionsrisiken und Inklusionschancen

Berlin 2006, ISBN 3-937714-19-7

Das Recht auf Bildung ist nicht nur ein eigenständiges Menschenrecht, sondern auch ein zentrales Instrument, um den Menschenrechten zur Geltung zu verhelfen. Als *empowerment right* hat es eine wichtige Bedeutung für die Befähigung von Menschen, sich für die eigenen Rechte einzusetzen und sich im solidarischen Einsatz für die Menschenrechte anderer zu engagieren.

Die Studie erklärt die normativen Grundlagen des Menschenrechts auf Bildung und erläutert die menschenrechtlichen Strukturelemente, die bei der umfassenden Verwirklichung der Bildungsrechte von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus werden exemplarisch vier Problemfelder untersucht: Kinder und Jugendliche in relativer Armut, aus Familien mit Migrationshintergrund und die eine sonderpädagogische Förderung erhalten. Dabei spielt auch die Kategorie Geschlecht, d.h. die Untersuchung nach genderrelevanten Kriterien eine Rolle. Diese vier Problemfelder werden als Exklusionsrisiken analysiert, die nicht voneinander getrennt zu sehen sind. Die Studie bietet auch Anregungen für eine Politik der Inklusion und Integration in der Bildung, die angemessen auf die Diversität der Lernenden reagieren kann.

Information: www.institut-fuer-menschenrechte.de/sl.php?id=138

Download: http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d50_v1_file_4472c3f75f94b_IUS-010_S_RAB_RZAnsicht_ES.pdf

Kuhn, Katina/Rieckmann, Marco (Hrsg.)

Wi(e)der die Armut? Positionen zu den Millenniumszielen der Vereinten Nationen

Bd. 9. der Reihe *Innovation in den Hochschulen: Nachhaltige Entwicklung*. VAS Verlag für Akademische Schriften

Frankfurt/Main 2006, ISBN: 978-3-88864-413-9

Die begrifflichen Grundlagen, Strategien und Programme, mit denen die internationale politische Gemeinschaft operiert, um die schwerwiegendsten globalen Problemlagen - allen voran: Armut und Umweltzerstörung - in den Griff zu bekommen, laufen in verdichteter Form in den im Jahr 2000 verkündeten Millennium-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals - MDGs) zusammen. Bis 2015 sollen diese Entwicklungsziele erreicht sein: Dazu gehören die Halbierung der Zahl der weltweit Armen und Hungernden, der Zugang zu Trinkwasser für über eine Milliarde Menschen, der Kampf gegen Aids und Malaria, die Erhöhung der Entwicklungshilfe, eine gesicherte *nachhaltige* Entwicklung und ein faires Handelssystem. Zwar werfen diese Zielvorgaben in der öffentlichen Wahrnehmung ein hoffnungsvolles Licht auf die prekäre Zukunft der Weltgesellschaft. Namhafte Expert(inn)en der Entwicklungspolitik bezweifeln jedoch die Erreichbarkeit der gesetzten Ziele und damit auch die Schlagkraft des gesamten Programms.

Im vorliegenden Band analysieren Vertreter(innen) aus Wissenschaft, Politik und NGOs Bedeutung und Gehalt der Millennium-Entwicklungsziele sowie die Strategien zu deren Umsetzung. Ziel der Publikation ist es, das entwicklungspolitische Jahrtausendprojekt der Vereinten

Nationen kritisch in den Blick zu nehmen und das komplexe Netz politischer, sozioökonomischer und kultureller Zusammenhänge, in dem sich die MDGs konstituieren, transparent zu machen. (Klappentext)

UNDP

Human Development Report 2006

Beyond Scarcity: Power, Poverty and Global Water Crisis

November 2006

Throughout history water has confronted humanity with some of its greatest challenges. Water is a source of life and a natural resource that sustains our environments and supports livelihoods - but it is also a source of risk and vulnerability. In the early 21st Century, prospects for human development are threatened by a deepening global water crisis. Debunking the myth that the crisis is the result of scarcity, this report argues poverty, power and inequality are at the heart of the problem.

Information: <http://hdr.undp.org/hdr2006/>

Download (8MB): <http://hdr.undp.org/hdr2006/pdfs/report/HDR06-complete.pdf>

Deutsche Zusammenfassung:

Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise

Download: http://hdr.undp.org/hdr2006/pdfs/summaries/HDR2006_German_Summary.pdf

Bezug: Palgrave Macmillan Orders Houndmills, Basingstoke, Hampshire. Tel: +44(0)1256 302866,

Fax: +44(0)1256 330688, E-Mail: orders@palgrave.com, Internet: www.palgrave.com

VERANSTALTUNGEN

- Februar 2007: 4-week International Course in Management of Disability and Rehabilitation
Information: Huib Cornielje: h.cornielje@enablement.nl, www.enablement.nl
- 23.02. - 25.02.2007 Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit
 Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V., Wintgenstraße 63, 45239 Essen, Tel.: +49 (0)201-408 77 45, E-Mail: info@bezev.de, www.bezev.de
- 19.03. - 30.03.2007 Course in Community Based Rehabilitation (CBR) (Nepal)
Information: Programme Coordinator, Mr. Gopal Gurung, BIKASH Training Centre, Green Pastures Complex, P.O. Box 28, Pokhara – 33701, Nepal, Tel.: +977 61 430562, Fax: +977 61 430940, E-Mail: bikash_training@wlink.com.np
- April 2007 The 1st International Conference on Prevention and Rehabilitation of Hearing Impairment in Beijing, China. The conference is initiated by China Rehabilitation Rehabilitation Research Center for Deaf Child (CRRCDC) and the WHO, hosted by CRRCDC.
Information: <http://www.chinadeaf.com/prhi/Html/20061031172943-1.html>
 Anmeldung: <http://www.chinadeaf.com/prhi/html/2006102411841-1.html>
- 06.05. - 12.05.2007 Call for Papers: "Jamii jumuishi - social inclusion".
 The IDP's 4th Africa Forum. IDP (a partner of the world blind union) & the Africa Forum Host Committee of Nairobi, Kenya. Abstracts should not exceed one hundred and fifty (150) words, and should be submitted no later than February 28, 2004 via email to aubrey.webson@perkins.org or via fax to 617-923-8076 (U.S.A)
Information: www.wbu-idp.org
- 22.06. - 24.06.2007 Seminar: Migration-Kultur-Behinderung
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 02.07. - 03.07.2007 Inclusive Development im Rahmen der UN-Konvention (Arbeitstitel) in Bonn
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 13.07. - 15.07.2007 Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit
 Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- Herbst 2007 Internationale Tagung: Menschen mit Behinderung in der humanitären Hilfe (Arbeitstitel)
 in Kooperation mit: Christoffel-Blindenmission, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und Kindernothilfe
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.
- 30.11. - 02.12.2007 Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit
 Vorbereitungsseminar für Arbeits-, Praktikums- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika
 in Kooperation mit der Akademie Frankenwarte in Würzburg
Information: Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V.

Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt Journal for Disability and International Development

Behinderung und Dritte Welt ist die Zeitschrift des Forums Behinderung und Internationale Entwicklung. Sie erscheint seit 1990 dreimal jährlich in einer Auflage von 850 Exemplaren und wendet sich v.a. an deutschsprachige Interessierte im In- und Ausland.

Vor allem dank der Unterstützung der Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., Kindernothilfe, Misereor und Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. erreicht sie viele WissenschaftlerInnen, Fachleute und sonstige Interessierte in allen Kontinenten.

Ihr Anspruch ist einerseits, ein Medium für einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch zur Thematik darzustellen und andererseits, die fachliche Diskussion zu pädagogischen, sozial- und entwick-

lungspolitischen sowie interkulturellen Fragen im Zusammenhang mit Behinderung in Entwicklungsländern weiterzuentwickeln.

Die Redaktion und der sie unterstützende Fachbeirat sind insbesondere darum bemüht, Fachleute aus allen Teilen dieser Erde hierfür zu gewinnen und einzubinden. Publikationssprachen sind Deutsch und Englisch; Beiträge in Französisch, Spanisch oder Portugiesisch werden nach Möglichkeit übersetzt. Das Profil der Zeitschrift zeichnet sich durch jeweils ein Schwerpunktthema pro Ausgabe sowie einen Informationsteil aus. Die Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt sind auch im Internet abrufbar unter: www.zbdw.de.

Dem Fachbeirat der Zeitschrift gehören an:

Prof. Dr. Friedrich Albrecht, Görlitz
Dr. Niels-Jens Albrecht, Hamburg
Musa Al Munaizel, Amman/Jordanien
Prof. Dr. Mawutor Avoke, Winneba/Ghana
Beate Böhnke, Belem/Brasilien

Simon Bridger, Thalwil/Schweiz
Dr. Windyz Ferreira, Joao Pessoa/Brasilien
Geert Freyhoff, Brüssel/Belgien
Ernst Hisch, Würzburg
Francois de Keersmaeker, München
Dr. Andreas König, Addis Abeba/Äthiopien
Prof. Dr. Narayan Pati, Bhubaneswar/Indien

Schwerpunktthemen kommender Ausgaben der Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt

- 1 / 2007 Menschenrechte und Behinderung (verantwortlich: Doris Gräber)
- 2 / 2007 Information und Behinderung (verantwortlich: Stefan Lorenzkowski)
- 3 / 2007 Mitwirkungsmöglichkeiten von Selbstorganisationen (verantwortlich: Gabriele Weigt)

Interessierte Autorinnen und Autoren werden aufgefordert, nach vorheriger Rücksprache mit der Redaktion hierzu Beiträge einzureichen. Darüber hinaus sind Vorschläge für weitere Schwerpunktthemen willkommen.

	Ausgabe 1/2007	Ausgabe 2/2007	Ausgabe 3/2007
Hauptbeiträge	1. Januar 2007	15. Februar 2007	15. Juli 2007
Kurzbeiträge	1. Februar 2007	15. März 2007	15. August 2007

Liebe Leserinnen und Leser,
bitte informieren Sie uns über eine eventuelle Adressenänderung oder wenn Sie die Zeitschrift nicht mehr beziehen möchten. Geben Sie uns bitte ebenso Bescheid, falls Ihnen die Zeitschrift nicht zugestellt worden ist.

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung

Das Forum Behinderung und Internationale Entwicklung ist ein Ort für Einzelpersonen und Organisationen, die sich wissenschaftlich und/oder praktisch mit dem Thema Behinderung in Entwicklungsländern auseinandersetzen. Beteiligte des Forums können daher sein: Fachkräfte aus dem entwicklungspolitischen und behinderungsspezifischen Kontext, an der Thematik interessierte Einzelpersonen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, andere involvierte Institutionen/Organisationen sowie Hochschulen.

Das Forum will die wissenschaftliche und praxisorientierte Auseinandersetzung mit der Thematik unterstützen. Das Forum gibt außerdem die Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt. Journal for Disability and International Development heraus, organisiert bei Bedarf gemeinsame Veranstaltungen und möchte die Vernetzung der am Forum Beteiligten fördern.

Kontakt:

Forum Behinderung und Internationale Entwicklung
c/o Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
Wintgenstr. 63, D-45239 Essen
Tel.: +49-(0)201-408 77 45, Fax: +49-(0)201-408 77 48
E-Mail: info@bezev.de
Internet: www.bezev.de

Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.
(Internationale Hilfen)
Raiffeisenstr. 18, D-35043 Marburg,
Tel.: +49-(0)6421-49 11 36 (H. Kolmar)
E-Mail: harald.kolmar@lebenshilfe.de
www.lebenshilfe.de

Die Zeitschrift Behinderung und Dritte Welt wird unterstützt durch:



Bundesvereinigung Lebenshilfe für
Menschen mit geistiger Behinderung e.V.



Misereor



Kindernothilfe



Behinderung und
Entwicklungszusammenarbeit e.V.